

Bezugspreis:
Einzeln 10 Pf., monatlich 30 Pf., vierteljährlich 90 Pf., halbjährlich 1,80 M., jährlich 3,60 M. (Post- und Transportkosten).
Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Erdkunde und Naturgeschichte“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einseitige Anzeigenzeile kostet 12 Pf. „Kleine Anzeigen“ das heißt die ersten vier Zeilen, jedes weitere Wort 2 Pf. Stellungnahme und Schlußzeilen je nach dem Wort 2 Pf. jedes weitere Wort 1,50 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Seite 6. Die Preise verstehen sich einschließlich Anzeigenaufschlag.
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptverlag, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Beifügt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54
Sonntag, den 4. März 1922
Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-Abteilung Moritzplatz 11753-54

Sozialdemokratie und Steuerfrage.

Das Verhalten der bürgerlichen Parteien im Steueraus-schuss des Reichstages hat, wie wir gestern meldeten, die sozialdemokratische Fraktion veranlaßt, ihre Mitglieder dieses Ausschusses zu beauftragen, eine Klärung herbeizuführen.
Obwohl die Frage der Besteuerung der Genossenschaften durch das abgeschlossene Kompromiß aus der Diskussion ausgeschlossen war — es sollte bei der ursprünglichen Fassung der Regierungsvorlage verbleiben —, hatten Mitglieder des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei und der Deutschnationalen einen Antrag eingebracht, wonach den ländlichen Genossenschaften bei der Vermittlung von Unerzeugungs Steuerfreiheit eingeräumt werden sollte. Auf energischen Einspruch unserer Genossen hatten Herold (Z.) und Gerauer (Bayer. Dp.) ihre Unterschriften wieder zurückgezogen, während Hepp (D. Sp.) die seine befestigen ließ.
In der Freitagssitzung des 11. Ausschusses stellte nun Genosse Bernstein im Auftrage der Fraktion an die Deutsche Volkspartei die Frage, wie sie sich zum abgeschlossenen Steuerkompromiß verhalte. Die Unterzeichnung des oben gekennzeichneten Antrages bedeute ein Abweichen von der getroffenen Vereinbarung, beharre die Deutsche Volkspartei darauf, so habe auch die Sozialdemokratie wieder freie Hand. Dr. Becker (D. Sp.) erklärte dann, seine Partei nehme a u c h h e u t e n o c h die gleiche Haltung zum Kompromiß ein, wie er sie in seiner Rede im Plenum bei der ersten Beratung eingebracht habe. Doch könne eine Zurückziehung der gegebenen Unterschrift nicht erfolgen. Die Entscheidung müsse der Abstimmung überlassen bleiben.

Nach weiterer Aussprache wurde der Antrag gegen fünf Stimmen abgelehnt, von den Volksparteilern stimmte nur Hepp für ihn, die anderen drei stimmten dagegen.
Soweit der Bericht über die Ausschußverhandlungen vom Freitag. Wie man sieht, hat das Steuerkompromiß einen leichten Schlaganfall überstanden, daß ihm aber damit das Leben gerettet sei, wird man vorsichtigerweise vorläufig noch nicht behaupten können.

Die Entscheidung über Sein oder Nichtsein des Steuerkompromisses wird jetzt voraussichtlich bei der Zwangs-anleihe fallen. Die sozialdemokratische Fraktion besteht darauf, daß durch eine rechtzeitige Veranlagung und Umlegung der Zwangsanleihe ihre Einziehung noch im laufenden Rechnungsjahr gesichert wird. Diese Sicherung wäre aber nicht vorhanden, wenn die Umlegung erst auf Grund einer Ende 1922 erfolgenden neuen Veranlagung vorgenommen werden sollte.

Die Sozialdemokratische Partei wird auf alle Fälle die lokale Haltung, die sie bisher in der Frage des Steuerkompromisses eingenommen hat, auch weiter bewahren. Gewiß wäre es für sie, rein parteipolitisch gesehen, nur ein Gewinn, wenn das Kompromiß in die Brüche ginge. Aber für sie dürfen nicht bloß parteipolitische Erwägungen maßgebend sein, sie muß auch auf die Interessen des Reiches und der Volksgesamtheit bedacht sein. Die Sprengung des Steuerkompromisses kann Sturz der gegenwärtigen Regierung, weitere Verschlechterung der Finanzverhältnisse, weitere Entwertung unserer Währung und damit weitere Preissteigerung bedeuten. Außenpolitisch bedeutet sie die Gefahr neuer Krisen, denn man darf doch nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, daß Deutschland zwar im Mai vorigen Jahres das Ultimatum der Entente angenommen hat, daß aber eine wesentliche Voraussetzung jeder Erfüllungspolitik, die Neuordnung unserer Reichsfinanzen, bisher noch nicht erfüllt worden ist. Aus diesen höheren Gesichtspunkten hält die Sozialdemokratische Partei an dem Steuerkompromiß fest, sie bleibt entschlossen, es durchzuführen w e n n auch die bürgerlichen Vertragsteilnehmer loyal bei dem Abkommen bleiben. Die Entscheidung und die Verantwortung liegen damit bei den bürgerlichen Parteien.

Besprechungen über die Zwangsanleihe. Die Stellung der Sozialdemokraten.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ teilt mit:
Am Freitag abend erläuterte der Reichsfinanzminister Dr. Hermes in einer Besprechung mit den Regierungsparteien über die Steuerfragen die Grundzüge, die bei der Erhebung der Zwangsanleihe geplant sind. Eine Erhebung nach der Einschätzung zum Reichsanleihe kommt, wie der Reichsfinanzminister ausführte, nicht in Betracht, weil seit dieser Einschätzung eine große Verschlebung der Vermögensbestände stattfand. Die Grundlage zur Erhebung der Zwangsanleihe soll der Vermögensbestand vom 31. Dezember 1922 bilden. Man rechnet mit einer durchschnittlichen Belastung von 5 Proz. des Vermögens. Von der Zwangsanleihe befreit sind nach den Plänen des Reichsfinanzministers Vermögen von etwa 250 000 M. und solche Personen, deren Einkommen weniger als etwa 30 000 M. im Jahre beträgt. Die Abgabe soll je nach der Größe des Vermögens von 1—10 Proz. gestuft werden. Eine 10proz. Abgabe dürfte bei einem Vermögen von mehr als 5 Millionen Mark erreicht sein. Würde die Erhebung der Anleihe nach der Einschätzung zur Vermögenssteuer vom 31. Dezember 1922 erfolgen, so wäre mit

einem Eingang der Anleihebeträge erst für den Sommer 1923 zu rechnen. Deshalb sollen besondere Vorschriften zur teilweisen Vorauszahlung erlassen werden. Die Einzahlung beabsichtigt man nach einer vorläufigen Selbstschätzung zu regeln. Um für die Vorauszahlungen einen Anreiz zu geben, sind für Einzahlungen, die bis zum 1. Juli 1922 erfolgen, Prämien vorgesehen. Für spätere Einzahlungen, etwa nach dem 1. Oktober 1922, sind gewisse Zuschläge geplant, — also eine Mehrbelastung. Für solche Personen und Unternehmungen, deren Vermögensbestände nur schwer festzustellen sind, soll die Vorleistung zur Anleihe nach der Einschätzung zum Reichsanleihe erhoben werden können. Es ist geplant, in dem Anleihegesetz auch den Zinsfuß festzulegen, der nach den ersten zinsfreien drei Jahren gewährt werden soll.

Die Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion brachten in der anschließenden Aussprache zum Ausdruck, daß aus außen- und innenpolitischen Gründen sehr bald für die Einzahlung großer Teile der Anleihe Sorge getragen werden muß. Ferner hielten es die Vertreter unserer Fraktion nicht für ratsam, daß eine Prämie auf die Vorauszahlungen gewährt wird und forderten einen möglichst frühen Termin, an dem eine schärfere Belastung erfolgen soll. Genannt wurde der 1. Oktober 1922. Auch legte die Sozialdemokratische Fraktion dar, daß der Zinsfuß nach den ersten drei zinsfreien Jahren nicht über 2—2 1/2 Proz. festgesetzt wird, weiterhin aber der niedrige Zinsfuß möglichst einige Jahre bestehen bleibt. Ferner regten unsere Vertreter an, daß in dem Anleihegesetz sowohl die Termine für die Einzahlungen wie auch die sogenannten Strafbestimmungen bei verspäteter Einzahlung festgelegt werden. Schließlich wurde noch dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß die schnellste Verabschiedung des Gesetzes erfolgen möge.

Der Reichskanzler wohnte den Verhandlungen zeitweise bei. Er betonte in seinen Ausführungen, daß in etwa zehn Tagen die Finanzminister der Entente zusammentreten und eine schnelle Verabschiedung der Steuern angebracht erscheinen.

In den nächsten Tagen wird sich der Reichswirtschaftsrat mit der Zwangsanleihe beschäftigen. Berichterstatter sind die Abgeordneten Wendelsohn und Hülferting.

Brotpreis und Reichsregierung.

Auf eine Anfrage des Reichstagsabgeordneten Genossen Meier (Zwickau), welche Maßnahmen die Reichsregierung treffen wolle, um den Lohn-, Gehalts- und Rentenempfängern sowie den erwerbsunfähigen Kleinrentnern das Ertragen der Brotpreiserhöhung zu ermöglichen, antwortete die Reichsregierung:

Die der Anfrage zugrunde liegenden Tatsachen sind der Reichsregierung bekannt. Die Reichsregierung hat demgemäß vor längerer Zeit die aus Anlaß der Brotverteuerung notwendig erscheinenden Maßnahmen in die Wege geleitet.

Gerade unter Berücksichtigung der in Aussicht stehenden Erhöhung des Brotpreises und deren unmittelbare Auswirkungen wurde bei der letzten Erhöhung der Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reichs auch eine allgemeine Erhöhung der Bezüge bewilligt; daneben wurde ein örtlicher Ausgleich für die Drie geschaffen, an denen hohe Arbeitslöhne in der Privatindustrie besonders schwierige wirtschaftliche Verhältnisse gezügelt hatten. Im übrigen ist dem hohen Hause bekannt, daß der Herr Reichsminister der Finanzen in der Sitzung des Reichstages vom 1. Februar erklärt hat, daß eine Nachprüfung der Grundgehälter der Beamten erfolgen wird. Die gestern in Berlin vernehmlich gewordenen Finanzminister der Länder haben sich damit einverstanden erklärt, daß die Frage der Erhöhung der Grundgehälter in bejahendem Sinne gelöst werde. Diese Nachprüfung ist hiernach in vollem Gange und wird

noch in diesem Monat ihren gesetzgeberischen Abschluß finden können.

Was die Rentenempfänger der Invaliden- und Angelegenheitenversicherung anlangt, so wurde bei der Bestimmung der Unterstützungsgrenze im § 2 des Gesetzes über Notstandsmaßnahmen zur Unterstützung von Rentenempfängern der Invaliden- und Angelegenheitenversicherung vom 7. Dezember 1921 die weitere Verteuerung der Lebenshaltung schon von vornherein in Rechnung gestellt. Die ersten Unterstützungen sind in den letzten Monaten mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 gezahlt worden. Die Unterstützten haben daher erhebliche Beträge auf einmal erhalten. Im übrigen wird zurzeit der Entwurf eines Gesetzes zur Erweiterung der Unterstützungsgrenze vorbereitet; er geht in Kürze den gesetzgebenden Körperschaften zu.

Den Militärrentenempfängern sind die zu den Renten seit dem Dezember vorigen Jahres gewährten laufenden Teuerungszuschüsse für den Monat März verdoppelt worden; weitere Maßnahmen für die folgenden Monate sind in Vorbereitung.

Die Unterstützung der Kleinrentner ist nach wie vor als Aufgabe der Gemeinden und Länder zu betrachten. Das Reich gewährt lediglich Zuschüsse zu deren Aufwendungen. Es ist beabsichtigt, falls die erstmaligen, zurzeit im Laufe befindlichen Ausschreibungen hierzu Anlaß geben, den bisher im Haushaltsvoranschlag vorgesehenen Betrag des Reichszuschusses entsprechend zu erhöhen.

Das Faß der Danaiden.

Als die altgriechische Dichterphantasie nach einem Sinnbild endloser, vergeblicher Arbeit suchte, erfannt sie die Legende der Töchter des Ägypterkönigs Danaos, die zur Strafe für die heimtückische Ermordung ihrer Ehegatten dazu verurteilt waren, in alle Ewigkeit Wasser in ein durchlöcherteres Faß zu schöpfen. Der zürnende Zeus, der diese geistvolle Variante unproduktiver Zwangsarbeit erfand, wird sich heute selbst als ein Stümper vorkommen, wenn er von den Höhen des Olymp auf jene Kulturwelt herabblickt, die im Zeichen der „strikten Durchführung des Versailleser Friedensvertrages“ steht.

Man stelle sich vor: Alle ehemals kriegsführenden Staaten sind total verarmt, ihr Reichtum ist in viele Millionen von trepierenden Granaten, von torpedierten Handelsschiffen, in Laufende von zerstörten Städten, Dörfern und Dörfern verwandelt, ein großer, vielleicht sogar der beste Teil der menschlichen Arbeitskraft ist durch Tod und Verwundung der Welt entzogen worden; um nun die zerstörten Häuser, die gemüllten Felder wieder herzustellen, um die Pensionen für die Opfer des Krieges und deren Hinterbliebene auszubringen, werden die letzten Reste des Wohlstandes dieser verarmten Welt dringend benötigt; man braucht Geld und nochmals Geld, das heißt: Arbeit und nochmals Arbeit. Und was geschieht? Milliarden und aber Milliarden werden für gänzlich unproduktive Zwecke einfach zum Fenster hinausgeworfen als Rüstungs- und Befahrungsausgaben, währenddessen diejenigen, die das Geld wirklich brauchen, leer ausgehen! Drei Jahre lang hat die Welt diesen tollsten Zustand teils aus Unkenntnis, teils aus Rivalität ertragen. Die Stimme der Vernunft vermochte nicht bis zu den Hauptstädten der Entente durchzudringen, oder sie wurde einfach von den Fanatikern der Militaristen überdönt. Das Schlagwort der „militärischen Notwendigkeiten“, mit dem die Ludendorff und Genossen einen vernünftigen Ausgleichsfrieden verhinderten und das deutsche Volk ins Unglück führten, wird in einer neuen Form, jedoch in dem gleichen Geiste von den Froch, Poincaré und Genossen dazu verwendet, die sinnlosesten Milliardenausgaben im besetzten deutschen Gebiete zu rechtfertigen.

Wie lange sich das französische Volk diese Tragikomödie gefallen lassen wird, hängt nur von ihm selbst ab. In den Fortschritten der sozialistischen Partei in Frankreich wird man erkennen können, inwieweit das Wort vom „bon sens français“, vom „gesunden Menschenverstand der Franzosen“, das man drüben so häufig und selbstgefällig zitiert, noch einen Sinn hat. Denn die französische Partei hat als erste den Mut aufgebracht, die Parole auszugeben, daß eine wirkliche Reparationspolitik die unverzügliche Räumung der besetzten deutschen Gebiete voraussetzt. Auf der Frankfurter Fünfländerkonferenz wurde von allen anwesenden Parteien dieser Grundgedanke aufgestellt, der in der folgenden Stelle der einstimmig angenommenen Resolution über die Entwaffnungsfrage zum Ausdruck gebracht wurde:

Die Politik der notwendigen gegenseitigen Hilfe für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Welt und des Inkrafttretens des Systems des Wiederaufbaues durch das Zusammenwirken aller: hat die sofortige Aufhebung der militärischen Sanktionen zur Voraussetzung, die sogleich anlässlich des Wüstums von London Deutschland ausgenommen wurden, ebenfalls die Aufhebung der militärischen Okkupation, die nur zu leicht neue Okkupationen herbeiführen kann. Solche Okkupationen verletzen die Gefühle der Bevölkerung der besetzten Gebiete, verschlingen die von Deutschland für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete aufgebrauchten Mittel, erzeugen immer von neuem Haß gegenüber den Besetzenden und birgt in sich die Gefahr neuer Konflikte.

Während der gesunde Menschenverstand in dieser Frage in Frankreich und Belgien noch das Monopol der Sozialisten ist, hat er sich in England und auch in Italien über die Arbeiterklasse hinaus seinen Weg bis tief in die Reihen des Bürgertums gebahnt. Es ist bekannt, daß selbst Lloyd George, ehe er nach Cannes fuhr und wahrscheinlich nicht zuletzt unter dem Eindruck eines von der Arbeiterpartei ihm überreichten Memorandums, für den Gedanken der Räumung der besetzten Gebiete gewonnen war. Ob er auch diesen Teil seiner Ueberzeugung in der dreistündigen Begegnung mit Poincaré in Boulogne preisgegeben hat, ist bisher nicht bekannt geworden, wäre aber nicht allzu verwunderlich. Indessen wird es dem französischen Imperialismus nicht ewig gelingen, die Welt zu betören und die Opfer des Krieges, insbesondere die obdachlosen Einwohner in Nordfrankreich, zu betrügen. Die Mittwochdebatte im Reichstag über den Etat des Reichsfinanzministeriums wird sich nicht totschweigen lassen, die von den Genossen Stücken und Bauer in ihren Reden enthaltene standalösen Zustände werden mit Hilfe unserer französischen Genossen sicherlich auch dort zur Sprache gebracht werden, wo Wahrheit und Vernunft bisher als Todsünden verpönt wurden, nämlich in der Kammer des Nationalen Blocks. Und selbst wenn es ihnen dort nicht gelingen sollte, dem gesunden Menschenverstand zum Siege zu verhelfen, selbst

wenn sogar die Konferenz von Genua an diesen schreienden Tatsachen achtlos vorübergehen sollte, auch dann wird sich die Forderung der Frankfurter Fünfländerkonferenz bald durchsetzen. Die grausamen Witze, die sich der unsterbliche Zeus ungestrast an den Töchtern des Danaos leisten konnte, wird sich das europäische Proletariat auf die Dauer nicht von einem Poincaré gefallen lassen. Das hatten schon die alten Römer begriffen, als sie das Sprichwort prägten: „Quod licet Jovi, non licet bovi“: Was dem Gott Zeus gestattet ist, ist noch lange nicht einem — sagen wir: Halbott des Rationalen Blocks erlaubt.

Genua immer später.

Paris, 3. März. (IL.) Der „Petit Parisien“ bestätigt die Nachricht der „Westminster Gazette“, daß die Konferenz von Genua aus rechtlichen und anderen Gründen auf den 25. April verschoben werden wird. Es sei sogar möglich, daß wegen der zwischen dem 20. Februar und dem 4. Mai in London stattfindenden Budgetberatungen eine Vertagung der Konferenz bis in die zweite Maiwoche erfolgen würde. Die am 8. März beginnende Konferenz der allierten Finanzminister und Sachverständigen, welche über die Verteilung der deutschen Reparationen verhandeln soll, wird sich auch mit der Konferenz von Genua beschäftigen.

Nach einer Senfer Dena-Meldung verlautet dort, daß Schweden die Aufnahme Deutschlands (und Ungarns) in den Völkerbund beantragt, dessen Vertretung am 20. Mai zusammentritt. Am Sonntag findet in Belgrad die Konferenz der Kleinen Entente statt, an der auch polnische Delegierte zugegen sein werden. Sie wird wahrscheinlich fünf Tage dauern.

Sinowjew für die allsozialistische Konferenz.

Auf der Moskauer Tagung der 3. Internationale hatte Sinowjew nach Reden von Tschewer (Deutschland) und Buriak (Tschechoslowakei) das Schlusssatz zur Frage der proletarischen Einheitsfront. Die Einberufung einer internationalen Arbeiterkonferenz werde, erklärte er, durch die Konferenz von Genua noch dringender, da hier das Schicksal des Proletariats für die nächste Zeit entschieden werden müsse. Als Gegengewicht gegen die Bourgeoisie habe das Proletariat das Bestreben, eine eigene internationale Konferenz einzuberufen, auf welcher die Führer der Internationale 2 und 3 $\frac{1}{2}$ eine Antwort darauf geben sollen, ob sie wirklich für die wichtigsten Forderungen des Proletariats kämpfen wollen. Die Kommunisten müssen dafür sorgen, nicht nur den Vortrupp des Proletariats, sondern die Mehrheit des ganzen Proletariats für sich zu haben.

Rußlands Handelsbeziehungen.

Rom, 3. März. (CP.) Der russische Sowjetdelegierte in Italien, Ingenieur Borowski, erklärte der „Azione“, die russische Abordnung begehre sich mit den besten Absichten auf die Konferenz von Genua, um mit den interalliierten Mächten die geeigneten Mittel für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands zu beraten. Nachdem die russische Staatsbank bereits mit vielen englischen, deutschen und amerikanischen Banken Beziehungen angeknüpft habe, sei er beauftragt worden, ähnliche Vereinbarungen mit Italien zu treffen. Zu diesem Zweck unterhandle er mit dem Banco di Roma. — Ueber die deutsch-russischen Beziehungen erklärte Borowski, Rußland habe die besten Absichten, mit Deutschland freundschaftliche und dauerhafte Beziehungen anzuknüpfen. Indessen habe Rußland Deutschland zu verstehen gegeben, daß es auf den Gedanken verzichtete, Rußland auf Rechnung Frankreichs und Englands auszubeuten, wenn Deutschland am russischen Wiederaufbau mitarbeiten wolle.

Die Pariser Heeresdebatte.

Paris, 2. März. (M.B.) In der Kammer wurde die Aussprache über die Militärreform fortgesetzt. Der Generalberichterstatter Abg. Fabry sagte u. a.: Vor dem Kriege habe Deutschland Frankreich im Wettstreit mit sich gerissen. Heute habe sich alles gewandelt. Heute sei es Frankreich, das Deutschland hindere, zu rüsten, und auf diesem Wege würde es selbst zur Einschränkung

der Rüstungen gelangen. An dieser Stelle unterbricht ein Abgeordneter der Linken den Redner:

„Heute ist es Frankreich, das Deutschland im Wettstreit mit sich reißt.“

Die Rechte erhebt lebhaft dagegen Einspruch. Wenn Frankreich, fuhr Fabry fort, die Mittel aus der Hand gebe, die deutschen Rüstungen niederzuhalten, die Mittel, die der Friedensvertrag ihm liefere, so würde es die Sache des Friedens in Gefahr bringen. Die Regierung habe erklärt, daß man Deutschland gegenüber 22 Divisionen mit den entsprechenden Reserven brauche, denn Deutschland könne durch Verdreifachung der Reichswehr 21 Divisionen mobil machen und verfüge über 150 000 Mann Stammtruppen in der Schulpolizei.

Abg. Benazet meint, der Gefahr, die Deutschland darstelle, könne nicht durch eine kleine Maßnahme begegnet werden, sondern nur durch eine großzügige Organisation des ganzen Volkes. Was das Rekrutierungsgesetz dagegen vorschläge, habe den großen Fehler, daß es die individuelle Ausbildung erschwere, nicht gute Reserven liefere, keine guten Cadres ergebe, und daß es schließlich doch eine ungenügende Effektivstärke erziele.

Schwere Strafen in Düsseldorf.

Wegen Ehrhardt-Bündelei.

Düsseldorf, 3. März. (Fig. Drahtbericht.) Der französische Kriegsgerichtsprozess gegen 21 Mitglieder der Ehrhardt-Organisation in Düsseldorf ist beendet. Durch gemeinsame Urteile und Zusammenkünfte nationalsozialistischen Charakters wurde die Befehlshaberbehörde auf die Organisation aufmerksam. Bei Hausdurchsuchungen wurden zahlreiche Waffen gefunden. Bei der Vernehmung gab einer der Angeklagten zu, daß die Organisation in Verbindung mit der Brigade Ehrhardt in Verbindung steht und u. a. auch an den Selbstschuß Oberschießen Waffen abgegeben hat. Er fügte hinzu, daß bei der Brigade Ehrhardt und ihren Unterabteilungen Fehmgewichte bestehen, deren Mitglieder und Lagerorte den Angehörigen der Organisation unbekannt sind. Als erwiesen ist anzusehen, daß sich die Organisation Ehrhardt über das ganze Reich erstreckt und rund 10 000 Mitglieder zählt. Nach einer glänzenden Verteidigungsrede des französischen Advokaten Becletz verurteilte das Gericht die beiden Hauptangeklagten wegen Teilnahme an Geheimorganisationen, die nach den Bestimmungen der Befehlshaberbehörde verboten sind, zu 2 und 3 Jahren Gefängnis, verurteilte Andere zu Gefängnisstrafen von 1 Jahr und 8 Monaten. Die übrigen wurden freigesprochen.

Smeets vor Gericht.

Ein linksradikaler Helfer.

Bonn, 3. März. (M.B.) Im Verleumdungsprozess gegen den rheinischen Sonderbündler Smeets kam heute die Verleumdung des Postsekretärs Gerdes zur Sprache. In der „Rheinischen Republik“ vom April 1921 wurde mehreren Personen vorgeworfen, zur beschleunigten Unterdrückung der Unruhen im Bezirk Wörs im Frühjahr 1921 durch falsche Angaben gegen die deutschen Arbeiter und Personen dieser Bewegung ein Eingreifen der Befehlshaberbehörde herbeizuführen und damit Landesverrat getrieben zu haben. Unter den Personen, denen dieser Vorwurf gemacht wurde, befand sich auch der mehrheitssozialistische Postsekretär Gerdes, der als Nebenkläger zugelassen ist, ebenso der Geschäftsführer der mehrheitssozialistischen „Volksstimme“ in Duisburg, Waskow aus Wörs. Der linksradikale Beigeordnete Dr. Gabriel aus Wörs legte als Zeuge aus, daß er das Material für diesen Artikel dem Smeets geliefert habe.

Hierauf kam die Anklage wegen

Verleumdung des Reichspräsidenten

zur Verhandlung. Der Verteidiger Dr. Wolf-Düsseldorf wies auf die Ehrenerklärung hin, die Smeets am Mittwoch dem Reichspräsidenten abgegeben hat. Es sei üblich, daß die klagende Behörde auf eine solche Erklärung hin den Strafantrag zurückziehe, könne das Gericht sich aber nicht entschließen, dem Reichspräsidenten von dieser Ehrenerklärung Mitteilung zu machen, so stelle er verschiedene Beweisanträge. Der Vorsitzende, Land-

gerichtsdirktor Dr. Bube erwiderte, er fände es merkwürdig, daß Smeets erst in diesem Augenblicke mit seiner Bitte herausträte, dem Reichspräsidenten von seiner Erklärung Mitteilung zu machen und ihn zu ersuchen, den Strafantrag zurückzuziehen. Erster Staatsanwalt Dr. Dahn wies auf die Wertmindertheit hin, daß Smeets auf der einen Seite zwar eine Ehrenerklärung abgegeben habe, die doch wohl einschließe, daß er eingesehen habe, seine Behauptungen seien falsch, auf der anderen Seite aber Beweisanträge stelle, um die Richtigkeit seiner Behauptungen darzutun. Der Staatsanwalt beantragte Ablehnung dieser Beweisanträge. Die Verhandlung dauert fort.

Die Kredite für Deutschösterreich.

Der Bundeskanzler über ihre Verwendung.

Wien, 3. März. (M.B.) Im Nationalrat teilte Bundeskanzler Schober mit, daß England, Frankreich und Italien dem Beispiele der Tschechoslowakei gefolgt sind und Deutschösterreich einen Kredit von rund 44 Millionen Pfund teils schon zugewendet haben, teils zuzuwenden beabsichtigen. In Besprechung der Entsendung des früheren Finanzministers Dr. Grimm nach London stellt der Bundeskanzler fest, daß der Völkerbund keinen Kurator und keinen Kontrollleur, noch weniger eine Kontrollkommission zu schicken beabsichtige, sondern einen finanziellen Berater, daß er aber auf Vorstellung der Regierung auch davon Abstand genommen hat und im Vertrauen auf die Maßnahmen der politischen Parteien und der Regierung einen Vorschlag, wonach der dem österreichischen Staat zur freien Verfügung stehende Teil der kreditierten Auslandsozialen im Betrage von vier Millionen Pfund durch ein besonderes Bundesgesetz

ausschließlich der Regulierung des Marktes in ausländischen Zahlungsmitteln gewidmet werden soll. (Zusammensetzung.)

Die geschäftsmäßige Verwendung der Kredite wird unter einer besonderen Kontrolle gestellt. Mit der Durchführung dieses Verwendungszweckes wird jede Spekulation mit unserer Krone ihr Ende finden. Der Bundeskanzler gibt namens der Regierung die Erklärung ab, daß nichts von diesen Krediten für andere Zwecke als die in dem einzubringenden Gesetz vorgezeichneten verwendet werden darf. (Lebhafter Beifall.) Die endgültige Befestigung der Krone ist eine Sorge späterer Zeit. Der Bundeskanzler entwirft

ein Programm von Maßnahmen.

die einen endgültigen Haushaltsplan herbeiführen sollen. Dieses Programm umfaßt Abbau der Lebensmittelzuschüsse, Eindämmung des Luxuskonsums und des Alkoholverbrauchs durch ausgiebige Besteuerung und hohe Zölle, Erhöhung der Tabakpreise, durchgreifende Reform der Staatsausgaben, aufgebaut auf der allergrößten Sparsamkeit, Sonderung der Staatsbetriebe durch Einführung einer strengen kaufmännischen Bebarung, Abbau der Zahl der Beamten, Stellungnahme gegen Gehaltsmehransprüche und Aufnahme einer inneren Anleihe für Investitionszwecke. Die Bemühungen der Regierung, weitere Kredite zur Errichtung einer Notendbank zu erlangen, seien anscheinend nicht ohne Erfolg unternommen. Von allen diesen Maßnahmen erwartet die Regierung im Zusammenhang mit den finanziellen Auswirkungen der ausländischen Kredite in voller Zuversicht die Rettung unseres Vaterlandes.

Der Bundeskanzler schloß mit einem Appell an alle Parteien, die Regierung bei ihren Maßnahmen zu unterstützen, damit die Wünsche der breiten Schichten des Volkes erfüllt werden, die, der Parteikämpfe müde, allein in dem Zusammenschluß aller einen Beweis unserer Lebenshaltung und Lebensfähigkeit erblicken, ein Beweis, der das Vertrauen des Auslandes in unsere Kraft am nachhaltigsten zu stärken vermag. (Lebhafter Beifall und Handklatschen.)

Erste Sparmaßnahme.

Amlich wird mitgeteilt, daß auf den deutschösterreichischen Bundesbahnen mit dem 1. März die Aufhebung bzw. eine weitgehende Einschränkung der bisher geltenden Fahrtoergünstigungen für eine Reihe von öffentlichen und privaten Personen erfolgt ist.

Der titellose Film.

Der Film, die künstlerische Ausdrucksform, die nur über zwei Dimensionen verfügt, ist zur Stummheit verurteilt. Wo er in den Worten der Sprache und nicht in der Sprache der Gebärden sich vernehmlich machen will, ist er auf die Titel angewiesen, jene meist unbedeutenden und selbst in Lichtbildern von hohem Rang zum großen Teil noch recht unzulässigen Zwischentitel. Man darf mit Recht behaupten, daß die Sprache des Films, soweit sie sich auf die Wortsprache stützt, kein Reden, sondern ein Gellen ist. Daran werden die besten Regisseure, werden alle literarischen Beiträge, werden alle grammatischen Beiträge — und deren bedarf die Filmindustrie nicht zum Geringsten — nichts ändern können. Der ideale Film bleibt der absolut stumme, der völlig titellose; jener Film, dessen Szenenreihen nicht durch eine Reihe mehr oder minder glücklicher Wortbilder und Satzgefüge auf der Leinwand unterbrochen werden. An solchen titellosen Filmen sind wir mehr als arm; ja, man kann die Zahl der titellosen Filme an den Händen einer Hand herzählen. Der neue Henry-Porten-Film „Hinterstiege“, dessen Regie eine so starkwertige künstlerische Persönlichkeit wie der Intendant Leopold Jessner besorgte, dessen Manuskript vom dem kultiviertesten Filmautor Karl Mayer stammt, hat mit der Übersprache des Filmtitels eigentlich zum erstenmal vollständig gebrochen. Aus Amerika und England liegen Nachrichten vor, daß man auch dort das Umding des Filmtitels erkennt und entschlossen ist, damit radikal aufzuräumen.

Wie alle Reformen, dürfte aber auch diese Neuerung nicht forciert werden. Unter Umständen ist der noch so häufige, noch so futurlose Titel, wenn er allein das Verständnis der Situation ermöglicht, der stummen, von keinem Wort unterbrochenen Szenenreihe vorzuziehen, die den Zuschauer mit ungeklärten Rätseln belasten würde. Solange die Handlung nicht so sehr nur auf das Bildhafte eingestellt ist, solange soll und darf der Titel nicht fallen. Daß er fällt, das freilich ist eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Zukunft. Wenn man, vom Zwischentitel ganz abgesehen, das Prinzip der Stummheit des Films untersucht, drängt sich die Frage auf, ob diese Stummheit nicht dem Film die Möglichkeiten eines wirklich dramatischen Eindrucks ganz und gar benimmt oder allzu sehr beschränkt. Und diese Frage ist eben so zu verneinen. Ist doch das Wort niemals Zweck, sondern immer nur Mittel, immer nur Requisite zum Aufbau der Handlung. Die Gesetze des Theaters, in dem das Wort selbstverständlich die wichtigste Funktion übernimmt, gelten nicht für den Film. Da im Film jede Erzählung, jeder überdeutliche Hinweis auf psychologische Momente naturnotwendigerweise fortfällt, da die Situation, die Verdichtung der Stimmung selbst sprechen und unaufrichtig die innerlichen Vorgänge klar machen müssen, bedarf der Film keiner solchen Kommentare; er bedarf prinzipiell nicht der Zwischentitel, sie widerstreben seinem auf Illusion im besten Sinne eingestellten Wesen. Er ist ganz auf

Situation berechnet; und soweit der Charakter und die Psychologie der Handlung und Personen zur Geltung zu kommen hat, kann ihre Zeichnung nur in starken Umrissen erfolgen, sie muß auf Verleumdung verzichten, die im Theater durch die Ausnutzung des Wortes möglich ist. Darum muß auch das Bild selbst so angelegt sein, daß es auch ohne Wort, daß es stumm und mit Vermählung aller Titel verständlich und überzeugend einen Konflikt aufrollt. Noch wissen mit wenigen Ausnahmen Filmautoren ihre Manuskripte nicht so zu bauen; noch wählten auch wahrscheinlich die meisten Filmregisseure nicht den Stimmungsgehalt der Stücke so zu halten, daß sie auf den Titel völlig verzichten könnten. Aber der Film, im Grunde genommen eine ewig fließende Entwicklung, wird als eine der wichtigsten Reformen das auch ohne Titel logische Schauspiel immer mehr aufzutreiben haben. Wenige schätztere, aber erfolgreiche Versuche auf diesem Gebiete sind bei uns bereits gemacht, sie stehen in England und in Amerika bevor und werden sich voraussichtlich schon in naher Zukunft zu einem Geseh für den qualifizierten Film entwickeln. Und damit wird das Niveau des Schauspielturnhobby gehoben sein.

Glorie um Tolstoi.

Michael Grusemann blickt sich vor der Erkenntnis, die Leo Tolstoi der Welt geschenkt hat. Wenn er für die „philosophische Reihe“ des Verlags Köll u. Cie. (München) das Leben dieses Mannes beschreibt, so zeichnet er weniger das Werden des Dichters; der hohe, nun kaum umstrittene Endwert wird hervorgehoben. Die Biographie hat für Grusemann etwas Absolutes, das er verliert.

Anders gelangt Romain Rolland zur Glorie, die er der Gestalt Tolstois versteht. Er war ein Jüngling, als er sich an den 60jährigen Dichter mit der scheinlichen Bitte wandte, er möge ihm doch sagen, wie er mit seinem Kunstreiben und ritzigen Emporwollen die Zukunft einzurichten habe. Da antwortete Tolstoi nicht mit einem kalten Brief, sondern mit einem ganzen Heft, das Sittlichkeit und Kunst zusammenhämmerte. Es war die gleiche Lehre, die die Welt aus Wassaja Wassana empfangt und die verstanden, es dürfte nicht allein das spielend Phantastische in der Kunst gelten. Das Moralische müsse dem Künstlerischen tief einverleibt sein, das Ergänzende auch, das eigentlich Religiöse und Göttliche nicht minder. Rolland empfing diese Lehre als ein Bewußtsein, das ihm persönlich galt. Und seine Schriftsteller, die der stillen Größe keineswegs entbehren, wenn sie auch oft den schelmischen Sinn in Käse und Ritzbestriedigung sieht, wurde zum Wahrheitszeugnis für diesen merkwürdigen, großen, die Erde verführenden Tolstolanismus.

Der Tolstoi Rollands ist mit betonter Gelassenheit geschrieben. Er verrät trotzdem in jeder Zeile das Temperament des geistigen, trieblichen Franzosen. Die Heftigkeit des Bewußtseins, die Leidenschaft der idealen Aufschwünge, auch die Zufriedenheit des anderen Leidens, die Zeiten des Zerwürfses, das sind Daseinsoffenbarungen, die Rolland besonders anziehen. Er hat an Michaelangelo und Beethoven derartige Liebhaber der Seelenforschung, die der edlen

Neugier des Berichtes verwardt ist, gleicherweise geübt. Solche Werke der Lebensbeschreibung nennt er die heroischen Biographien. Es gibt zum Erkennen des dichterischen Genies, des Kunstgenies überhaupt, aber noch andere Reichtümer, die etwas den Sieg des Formbildenden und gestaltenden Phantasten angehen. Rolland weiß natürlich von diesen Dingen sehr viel, aber er vernachlässigt sie mit Absicht.

So zieht er die stillliche Jüngling zu dem genialen Tolstoi groß. Er predigt für ihn. Er kritisiert kaum. Die Reichtümer, die er schmelzenden Sines in schriftstellerischen Arbeiten gewann, behält er ihn, dieses verworrene, sehr dunke Tolstolanische Menschentum zu meistern und postulativ darzustellen. Da außerdem Rollands schöne, geachtete Persönlichkeit hinter dem Buche stark zu spüren ist, wurde der russische Meister und Jünger vorzüglich entzückt. Es war verdientvoll, „Das Leben Tolstois“ deutsch herauszugeben. Für Ritten u. Voening in Frankfurt a. M. besorgten das Wilhelm Herzog, der den Vester literarisch auf Rolland einstellt, und D. R. Elysester, der ergebene Uebersetzer ins Deutsche m. h.

Gedante, daß du ein Ahnherr bist! Wer oft hört man junge Leute sagen: „Es geht niemanden etwas an, was ich mit meinem Körper anfang!“ Aber eben diese jungen Leute sind doch stolz auf ihren Körper in seiner Vollkraft blühender Gesundheit. Und wenn verdanken sie diesen? Nicht etwa sich selbst, sondern ihren Eltern und Voreltern, die sich ihrer Verantwortung gegen das kommende Geschlecht bewußt waren und die ihren eigenen Körper gesund erziehen zur Erzeugung einer tüchtigen Nachkommenschaft. Wir sehen daraus, daß der einzelne nicht der freie, unumschränkte Herr seines Körpers ist, sondern daß er dieses Gut seinen Vätern verdankt und ihnen dafür Rechenschaft schuldig ist. Aber auch seine Nachkommen, sofern er solche erzeugt, können von ihm fordern, daß er ihnen mindestens ebensoviel an Kraft und Gesundheit übermittle, als er selbst von den eigenen Vorfahren ererbt hat. Diese doppelte Bindung wird dem Einzigen leider viel zu wenig ernst genommen, zum Schaden der künftigen Generation, zum Schaden des ganzen Volkes! Wer darum gesunde, lebenskräftige Zukunft erstrebt, darf an den Fragen der Rassehygiene und damit in erster Linie an den Fragen der Einzelhygiene nicht gleichgültig vorübergehen, der muß vor allem in seiner eigenen Lebensführung den Beweis erbringen, daß er sich der Verantwortung gegen Vor- und Nachwelt in vollem Umfange bewußt geworden ist.

Schäde aus Schlangenhaut. Die teuren Lederpreise von heute, die das Kaufen der Schuhe zu einem so empfindlichen „Übermaß“ machen, lassen uns mit Reiz auf den Rasen blicken, der einfach auf die Schlangenjagd geht, wenn er ein Paar neue Schuhe braucht. Die Schlangen, die auf der macedonischen Halbinsel zum Zwecke der Verarbeitung für Schuhe benutzt werden, sind meistens Riesenschlangen, und es ist für den Eingeborenen gar keine schmerzliche und gefährliche Aufgabe, im Dschungel sich das nötige Leder zu verschaffen; ja, so mancher macht sogar aus der Schlangenjagd ein einträgliches Geschäft. Die macedonischen Riesenschlangen hat eine schöne starke Haut, erlangt eine Größe bis zu 30 Fuß und ist leicht zu fangen. Die Exemplare müssen freilich lebend erbeutet werden; tote Tiere sind nutzlos, da das Rezipil unmittelbar nach der Tötung

Brotverbilligung durch „Aufklärung“.

Die Wirtschaftliberalen und die Brotteuerung.

Laisser faire, laisser aller — gehen lassen, treiben lassen, in diesem Satz erschöpfte sich jahrzehntelang die Weisheit des wirtschaftlichen Liberalismus. Der Staat sollte die Handelsleute und Fabrikanten nicht in ihren Profitten stören, ihm blieb, wie Lassalle mit treffendem Spott gesagt hat, die „Nachwächterkontrolle“. Die Lehre, daß der Staat nicht in wirtschaftliche Verhältnisse eingreifen dürfe, hat längst gründlich Schiffbruch gelitten, so daß sie selbst von den Liberalen aufgegeben wurde. Aber im Kampf gegen die Zwangswirtschaft scheint er zu neuer Blüte kommen zu sollen.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das Organ der wirtschaftlich liberalen Volksparteier, beschäftigt sich in einem Leitartikel mit den Vorstellungen der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wegen der ungeheuren Preissteigerung des Brotgetreides. Daß der Brotpreis ungeheuer gestiegen ist, daß diese Preissteigerung neue Lohnforderungen, neue wirtschaftliche Kämpfe und damit schwere Erschütterungen unseres Wirtschaftswesens zur Folge haben muß, gibt die „D.A.Z.“ gelassen zu. Aber gegenüber dieser Gefahr hat sie nichts als ein fatalistisches Aufselzucken, ein lächeln. „Da ist halt nichts zu machen“. Hören wir die liebe Weisheit:

Sucht man nach den Gründen dieser gewaltigen Steigerung der Getreidepreise, so braucht man sich nicht lange umzusehen. Einer der hauptsächlichsten preissteigernden Faktoren ist naturgemäß das anhaltende Steigen der Devisenkurse, namentlich des Dollars und des Goldens, welche beiden Zahlungsmittel für den Getreideimport hauptsächlich in Frage kommen. Da Getreide ein Weltmarktartikel ist, und ein Teil der Getreidewirtschaft bei uns bekanntlich dem freien Handel überlassen ist, so ist es kein Wunder, daß auch die inländischen Getreidepreise das Bestreben haben, nach Möglichkeit den Weltmarktpreis zu erreichen. Es ist das ein Vorgang, der in den Gesetzen der Wirtschaft begründet ist, und gegen den mit verwaltungsmäßigen Mitteln unter keinen Umständen anzukämpfen ist.

Wir buchen zunächst aus diesen Sätzen das Zugeständnis, daß die katastrophale Preisentwicklung auf dem Getreidemarkt eine Folge des freien Handels ist. Weiter machen wir auf folgendes aufmerksam: An der Teuerung ist nach der „D.A.Z.“ in erster Linie das Steigen der Devisenkurse schuld. Gerade während dieses geschriebenen wird, ist der Dollar im abermaligen sprunghaften Emporschnellen. Bei ungehörtem Gehenslassen der Dinge muß also die jegliche Teuerungswelle durch eine zweite, noch viel größere überholt werden. Die „D.A.Z.“ aber weiß zu alledem nichts zu sagen, als daß sich dagegen nichts machen ließe, und schreibt:

Wir sind der Ansicht, daß das hiermit gestellte Verlangen (gemeint ist das Verlangen der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Art. 2. „Vorwärts“) von der Regierung einfach nicht erfüllt werden kann. Ein Eingehen der Regierung auf die Forderung der Sozialdemokratie würde nichts anderes bedeuten als eine neue Befestigung der Zwangswirtschaft, mit deren Abbau wir ja glücklicherweise beschäftigt sind.

Damit ist die Kasse aus dem Saal. Ein Einwirken auf die Getreidepreise zu deren Niedrighaltung ist gar nicht so unmöglich, wie die „D.A.Z.“ anfänglich tut. Man will nur das Mittel nicht haben: die Zwangswirtschaft. Der Häuptling des Landbundes, Herr v. Wangenheim, hat dieser Tage in einer Versammlung die großmütige Versicherung abgegeben, daß die Landwirtschaft gar keine hohen Preise, sondern nur „angemessene“ Preise haben wolle, und die Schuld an der Verteuerung dem Handel zugeschoben. Da uns die „D.A.Z.“ — und dies mit völligem Recht — darüber aufklärt, daß der freie Handel die natürliche Tendenz hat, die Preise zur Weltmarktschöhe hinaufzutreiben, so ist diese Versicherung nichts als Heuchelei im Munde eines Mannes, der wie ein Löwe für den freien Handel und gegen die Zwangswirtschaft kämpft. Will man wirklich angemessene Preise, so

abgehütet werden muß, denn nur so wird ein brauchbares Leder erlangt. Alles, was man zum Tona dieser Riesenschlangen braucht, ist ein unien gegabelter Stoß, eine Schlinge und eine starke Stange. Wenn er sein Opfer erspäht hat, legt ihm der Eingeborene den gegabelten Stoß fest hinter den Kopf und nagelt das Tier so gleichsam auf den Boden fest. Die Schlinge wird dem Tier dann über den Kopf geworfen, und man windet die Schlinge sich selbst rund um die Stange, worauf sie der Kuli nach der nächsten Stadt trägt und sie dem Abhüter überantwortet. Da die Riesenschlangen große Freßer sind und sich meist im Zustand völliger Sättigung befinden, sind sie sehr schwerfällig, und man kann ohne Gefahr mit ihnen hantieren. Ganz anders freilich ist das Bild der Schlangenjagd, wenn ein anderes Reptil auf dem Schauplatz erscheint, nämlich die Kobra. So verächtlich und gleichgültig der Eingeborene die Riesenschlange behandelt, so furchtbare Angst hat er vor dieser Giftschlange, die die schlimmste Gefahr des Dschungels darstellt.

Die Kirchen in den Vereinigten Staaten. Den mannigfachen Kirchen, die in den Vereinigten Staaten vertreten sind, gehörten im vorletzten Jahre 45 097 199 Personen an gegen 41 926 854 im Jahre 1916. Die Kirchen bilden 233 104 Gemeinden mit 200 090 Geistlichen. Von den ausdrücklich als Kirchenmitgliedern verzeichneten 45 097 199 Personen gehören 17 883 646 der römisch-katholischen Kirche an, wobei sämtliche katholisch getauften mit eingerechnet sind; die protestantischen Kirchen zählen hingegen nur die Kommunikanten. Die 30 im (protestantischen) Bundesrat der Kirchen zusammengeschlossenen Glaubensgemeinschaften haben insgesamt 19 933 118 Mitglieder, während sie die Seelenzahl ihrer Parochien auf 55 812 722 beziffern. Jüdische Gemeindeglieder wurden 1 120 000 gezählt (bei einer gesamten jüdischen Bevölkerung in den Vereinigten Staaten von 3 200 000); der orthodoxen Kirche gehören an 411 024 Mitglieder und der Gemeinde der Heiligen vom letzten Tage (Mormonen) 1 648 170 Mitglieder. Von den protestantischen Kirchen sind nach Gemeindegliedern gerechnet die stärksten die Baptisten mit 7 853 250, die Methodisten mit 7 707 091, die Lutheraner mit 2 468 645 und die Presbyterianer mit 2 384 683 Mitglieder. — Und alle diese Kirchen existieren in voller Unabhängigkeit vom Staate — eine Vorlesung, die dem heutigen Normalpolitiker immer noch eine Angelegenlichkeit erscheint.

Wasserkraft. Das Böhmer-Orchester veranstaltet am Sonntag, 24. Apr., im Böhmer-Saal einen Konzertsabend. — Die Große Volkshalle bringt Sonntag, nachmittags 3 Uhr, im Theater des Weltens nochmals Wagner's „Lohengrin“ zur Aufführung.

Ein Krankheitsfall. Ein Krankheitsfall wird Sonntag mittags 12 Uhr im Institut für Sexualwissenschaft (Eintragung in den Seiten 9 a) als Vortragsthema für den Abend besprochen. Die leitenden Ärzte des Instituts werden die Vorträge halten.

Die Hauptkasse des Vereins und die Oberkassierstelle wurde am Donnerstag durch Staatssekretär Schulz in ihre neu geschaffenen Diensträume in der früheren Reichsbank des ehemaligen Senatsgebäudes eingezogen. Der Zugang ist vollständig.

Die Zukunft des Goethe-Gebäudes. Der Reichspräsident richtete an den Vorsitzenden der Gesellschaft der Freunde des Frankfurter Goethe-Museums ein Schreiben, worin er die Auflösung auspricht, daß es gelingen werde, das Gebäude einer der Wächter unseres Volkes auf ewige Zeiten bewahrt zu sichern und zu erhalten. Aus dem Dispositionsfonds des Reichspräsidenten sind 10 000 M. überwiesen worden.

gibt es nur ein Mittel, daß nämlich der Staat diese angemessenen Preise diktiert und ihre Uebertretung bestraft. Aber eine solche Beschnidung ihrer heutigen Riesengewinne wollen weder Landwirtschaft noch Handel haben. Deshalb suchen sie dem Volk einzureden, daß die Preissteigerung unabwendbares Fatum sei.

Man wartet mit einiger Spannung auf die positiven Vorschläge, die die „D.A.Z.“ selber machen wird, um die von ihr erkannten katastrophalen Wirkungen der Brotpreissteigerung abzumwenden. Und was findet man? Wütende Ausfälle gegen die Erfüllungspolitik und die weise Mahnung, Aufklärungsporträge zu veranstalten. Ja, wirklich, man lese:

Wenn man daher etwas gegen die Preissteigerung des Brotes tun will, dann wäre es dies: Aufklärung der Arbeiterbevölkerung in der ganzen Welt über den Wahnsinn des Versäßer Friedensvertrages und seiner nachfolgenden Verträge.

Die Aufklärungsarbeit an der Arbeiterbevölkerung der Welt hat die Sozialdemokratie sicher mit größerem Eifer und Erfolge betrieben als die volksparteilichen Hurra-patrioten. Unser Erfolg würde größer sein, wenn der Erfüllungspolitik des Kabinetts Birnh nicht durch die Hintertür der „D.A.Z.“ ständige Schwierigkeiten bereitet würden. Verlangt die „D.A.Z.“ von der werktätigen Bevölkerung, daß sie im Innern Deutschlands tatlos auf die Erfolge jener Aufklärung warte und bis dahin geduldig das uner-schwingliche Brot bezahlen soll, so ist das die frecheste Zumutung, die wir jemals in einem wirtschaftlich liberalen Blatt gelesen haben. Wir bezweifeln stark, daß der super-gescheite Leitartikel der „D.A.Z.“ selber an seinen Vorschlag glaubt. Seine Worte enthüllen in Wirklichkeit den geistigen und moralischen Bankrott der Zerstörer der Zwangswirtschaft, die nun vor den Früchten ihres Tuns stehen.

Endlich geflogen!

Der deutschnationale Landrat von Schulze-Belkum ist endlich seines Amtes enthoben worden. Damit, so schreibt die S.A., hat einen Mann sein Schicksal erreicht, der längst zum Abfliegen reif gewesen wäre.

Als im Jahre 1919 nach der Revolution die Zeiten des Prinzen von Radibor und Corvey als Oberpräsidenten von Westfalen abgelaufen waren und der Name seines Nachfolgers, Dr. Wärmeling, noch nicht bekannt war, unternahm der Herr Landrat des Landkreises Hamm den Versuch, die Befehung des Oberpräsidentenpostens journalistisch zu beeinflussen. Er schrieb also einen Artikel über die Leute, die er als Kandidaten für diesen Posten mutmaßte, und zog darin von dem demokratischen Oberbürgermeister Cuno-Hagen, man wisse nicht, ob dieser Demokrat im Lager der Mehrheitspartei oder der Unabhängigen stünde; vom Reichskommissar Reischlich, er verstände vielleicht etwas von der Journalistik oder sonst nichts; von dem Dortmunder Rechtsanwalt Dr. Frank, man wisse nicht, ob er nicht das einträgliche Gewerbe der Verteidigung der Damen vom horizontalen Gewerbe dem Posten des Oberpräsidenten vorzöge; und endlich von Karl Severing, daß bei ihm nur das eine zweifelhaft wäre, ob seine Klugheit seine Unfähigkeit übertraffe oder umgekehrt. Dieser treffliche Landrat hatte aber zum Unterschied vom Staatskommissar Reischlich keine journalistischen Fähigkeiten. Denn das Manuskript, das natürlich anangemessen in der deutschnationalen Presse hätte erscheinen sollen, slog auf den Redaktionstisch des Dortmunder sozialdemokratischen Parteiblattes, das diesen Erguß einer schönen Seele mit Autogramm abdruckte.

Aber dieser Zwischenfall hat dem Landrat von Schulze-Belkum nicht geschadet. Die von ihm Beschimpften haben sich nicht getroffen gefühlt. Der wackere Monarchist wäre wohl noch lange Landrat geblieben, wenn ihm nicht im vergangenen Jahre ein neues Mißgeschick widerfahren wäre. Er bestellte telephonisch die Leiter des Landbundes seines Kreises zu sich und entwickelte ihnen einen großen Plan, wie er ihnen — entgegen allen Gesetzen und Anweisungen der Regierung — Waffen verschaffen werde, damit sie einen bewaffneten Selbstschutz bildeten. Die also angerufen dankten für das Vertrauen, erwiderten aber, daß sie davon keinen rechten Gebrauch machen könnten; der Herr Landrat müsse sich geirrt haben, die erschienenen Herren seien nämlich der Vorstand des Reichsbundes der Kriegsschädigten und Kriegerhinterbliebenen. Tableau! Der Herr Landrat hatte sich in der Telefonnummer geirrt und statt des Reichslandbundes den Reichsbund der Kriegsschädigten zu sich zitiert.

Nun gab es lange Untersuchungen, aber schließlich hat dieser Landrat der alten Schule doch „weg von der Futtertrippe“ müssen.

Die Fluktuation in der Schutzpolizei.

Gefängnisstrafen oder wirtschaftliche Bindung?

In der Schutzpolizei Preußens und anderer deutscher Länder hat sich in der letzten Zeit eine außerordentlich starke Fluktuation bemerkbar gemacht, die eine Gefährdung des gesamten Apparats bedeutet. Die starke Beschäftigung der Industrie und des Handels, die dort gezahlten Gehälter und Löhne waren für eine ganze Reihe von Schutzpolizisten ein Anreiz genug, um ihre Beamtenverhältnisse zu lösen. Wo diese Lösung von seiten des Staates mit Rücksicht auf die zwölfjährige Dienstverpflichtung nicht bewilligt wurde, ist es auch vorgekommen, daß Schutzpolizisten eigenmächtig ihrem Dienst fernblieben mit der Absicht, auf disziplinarischem Wege ihre Entfernung aus der Schutzpolizei zu erreichen. In einigen Beamtenkörpern ist die Zahl der Ausscheidenden so stark geworden, daß das Einrücken eines nur mangelhaft geschulten Nachwuchses die Qualität der betreffenden Formationen stark herabgedrückt hat.

Es ist klar, daß solche Zustände Abhilfe verlangen. Darüber ist sich auch das preussische Ministerium des Innern im klaren. Aber der Weg der Abhilfe, für den man sich entscheidet hat, muß starke Bedenken erwecken. In einem von Staatssekretär Freund gezeichneten Schreiben hat das Ministerium beim Reich beantragt, für das Ausscheiden ohne Genehmigung aus dem Polizeidienst Gefängnisstrafen einzuführen. Der hauptsächlichste „Fahnenkuch“-Paragraf soll folgenden Wortlaut haben:

„Wer unter Bruch seiner zwölfjährigen Dienstverpflichtung dem Dienst über 4 Wochen fernbleibt oder während eines Auftrags den Dienst eigenmächtig über 3 Tage verläßt oder in dieser Zeit den Gehorsam verweigert, wird mit Gefängnis bis zu ... bestraft. Ist der Täter durch Gehaltsentscheidungen oder sonstigen Vorteils seitens Dritter zu dem Vergehen bestimmt worden, so beträgt die Gefängnisstrafe nicht unter ...“

Wir glauben, daß mit einer derartigen Strafvorschrift der beachtliche Zuwachs nicht erreicht wird. Eine nur mit Gefängnisstrafe zusammengesetzte Schutzpolizei wird kaum den Geist in sich tragen, den man von ihr verlangen muß. Der Reim des Liebes wird durch Strafvorschriften nicht beseitigt, er liegt an anderer Stelle: die Schutzpolizisten, die jetzt in der Privatwirtschaft unterkommen suchen, sind sich selber wohl kaum im klaren, daß die gegenwärtige günstige Konjunktur nicht anhalten wird. Wenn sie gleichwohl ein ungewisses Schicksal dem Verbleiben in der Schutz-

polizei vorziehen, so liegt das daran, daß sie über ihr künftiges Schicksal auch als Schutzpolizisten im ungewissen sind. Es sind durchaus nicht die schlechtesten Beamten, die ausscheiden, sondern oft solche, die an sich Lust und Neigung zum Polizeiberuf haben, aber befürchten, daß sie nach Ablauf ihrer zwölfjährigen Dienstverpflichtung den Beruf dennoch werden wechseln müssen. Diese Leute wird man nicht durch Strafen an die Schutzpolizei fetten, sondern indem man ihnen die beruhigende Gewissheit gibt, daß der jetzt von ihnen angestrebte Berufswechsel nicht nach zwölf Dienstjahren unter vielleicht viel ungünstigeren Bedingungen doch von ihnen vollzogen werden muß. Die Aussicht auf eine gesicherte Zukunft dürfte nicht nur ein stärkeres, sondern auch wertvolleres Bindemittel sein als die Drohung mit einer Gefängnisstrafe.

Neue Sensationsmeldungen, die der „Tag“ über angeblich geplante Entlassungen führender Offiziere bei der Schutzpolizei bringt, sind nach Meldung der P.N. teils erfunden, teils übertrieben.

Beamtengehälter und gleitende Skala.

Der Beamtenauschuß des Reichstages hält einen Unterausschuß eingeleitet zur Prüfung der Frage einer automatischen Anpassung der Beamtengehälter an den Geldwert. Der Unterausschuß berichtigte gestern, daß er einstimmig empfehle, die Einführung einer gleitenden Gehaltskala möglichst bald vorzunehmen. Neber die Einzelheiten konnte sich der Unterausschuß jedoch noch nicht einigen.

Ministerialrat Kühnemann teilte mit, daß die Vorlage über eine Neuregelung der Grundgehälter der Beamten so früh erfolgen werde, daß ihre Inkraftsetzung zum kommenden 1. April möglich sei. Die Einführung einer gleitenden Skala bis zu demselben Termin sei aber nicht möglich. Das Reichsfinanzministerium sei der Ansicht, daß die Einführung einer gleitenden Skala nur dann erfolgen könne, wenn sie sich zugleich auf die Arbeiter und Angestellten der Reichsverwaltung erstreckt. Die Verhandlungen über diese Frage mit den Gewerkschaften seien auf den 10. März angelegt. Der Ausschuß beschloß nach längerer Debatte, einen Meinungsabtausch darüber herbeizuführen, wie sich die Fraktionen des Reichstages zu der Frage der gleitenden Gehaltskala stellen.

Im 23. Ausschuss des Reichstages fragte am Freitag der Abg. Bender (Soz.), wie es mit der Neuregelung der Bezüge für die Beamenschaft, die Angestellten und die Arbeiter des Reiches stehe. Es wurde geantwortet, daß am Mittwoch kommender Woche über den Stand der Gehalts- und Lohnfrage im Ausschuss Auskunft gegeben werde, am Donnerstag würden die Ressortminister dazu Stellung nehmen, und am Freitag seien Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen über die Erhöhung der Gehälter und Löhne.

Der Magistrat vor dem Schiedspruch.

Um seine Stellung gegenüber den Lohnforderungen der städtischen Arbeitnehmer zum Ausdruck zu bringen, läßt der Magistrat durch WTB. eine Rundgebung verbreiten, die sich „gegen mehrfache irrtümliche Ausführungen“ in der Presse richtet. Nach diesen Pressenmeldungen habe der Magistrat den städtischen Arbeitern Zugeständnisse gemacht und hege die Hoffnung, anstatt der geforderten Erhöhung des Stundenlohnes um 7,50 Mtl. mit einer Stundenlohnzulage von 5 Mtl. auszukommen. Diese Annahme sei völlig irrig. Bei der Lage der städtischen Finanzen könne von einer derartigen Erhöhung der Stundenlöhne keine Rede sein. Bei einer Zulage von 5 Mtl. und unter Bewertung der sozialen Leistungen des Mantellarifs mit etwa 20 Proz. des Lohnes würde der Stundenlohn eines ungelehrten ledigen Arbeiters 16,53 Mtl. und der eines verheirateten Arbeiters mit zwei Kindern 18,88 Mtl. betragen, mehr als im Handel und Industrie und vom Reiche gezahlt werde. Die städtischen Arbeiter würden dann den entsprechenden Klassen der Reichs-, Staats- und städtischen Beamten im Lohn weit voraus sein. Eine solche Bevorzugung der städtischen Arbeiter sei bei der Finanzlage Berlins nicht zu rechtfertigen. Der Magistrat habe überhaupt keine Zugeständnisse gemacht, sondern den Reichsarbeitsminister gebeten, einen Schlichtungsausschuß einzusetzen.

Die Not der Kriegsopter.

Der 19. Ausschuss des Reichstages besprach am Freitag die Teuerungsmassnahmen für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebenen. Ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums erläuterte die bisher getroffenen Massnahmen des Reichskabinetts und berichtete über die vom 20. und 23. Februar mit den Organisationen geführten Verhandlungen. Er erklärte gleichzeitig, daß die Regierung bereit sei, die Teuerungszulagen zu erhöhen. Ob dies auf dem Wege der Verwaltung oder dem der Gesetzgebung erfolgen solle, sei den Organisationen überlassen worden. In der Freiheit entschieden sich die Organisationsvertreter für eine gesetzliche Regelung. In der anschließenden Aussprache wurde allgemein einer sofortigen Hilfe für die Kriegsopter zugestimmt.

Die sozialdemokratischen sowie Vertreter anderer Parteien gaben ihrer Bewunderung darüber Ausdruck, daß die Deutsche Volkspartei nicht im Ausschuss verzeilen war — der Abgeordnete Streiter erschien erst kurz vor Schluss der Sitzung — obwohl sie in der Donnerstagssitzung des Reichstages eine Interpellation über die Rentenerhöhung eingebracht hatte. Das Verhalten der Deutschen Volkspartei gab bei allen Parteien zu der Vermutung Anlaß, daß es dieser Partei weniger auf die Not der Kriegsopter, als auf einen parteipolitischen Vorstoß ankomme.

Ledebour verunglückt.

Gestern spät abends wurde Genosse Georg Ledebour von einem Radfahrer auf dem Potsdamer Platz überfahren. Man brachte ihn mit einem offenen Unterschenkelbruch ins Krankenhaus. Wir wünschen dem alten Kämpfer baldige Genesung.

Faschisten siegen in Fiume.

Mailand, 3. März. (E.B.) Die Faschisten von Fiume, die infolge der Einrichtung einer besonderen Polizei unter dem Regierungspräsidenten Zanella zum Angriff vorgeschritten sind, haben den Regierungspalast eine Stunde lang bombardiert, bevor die von Zanella zu Hilfe gerufene italienische Staatspolizei eingreifen konnte. Mehrere umliegende Häuser wurden beschädigt, während der Regierungspalast den Angriffen widerstand. Gegenwärtige Legionäre und Faschisten haben Freitag morgen das Post- und Telegraphengebäude besetzt und sich der Verwaltung bemächtigt. Der Angriff auf das Regierungsgebäude dauert noch an. Die Schutzleute haben sich im Regierungsgebäude verbarrikadiert. Die Telegraphenverbindungen sind unterbrochen, weshalb Einzelheiten fehlen.

Ugram, 3. März. (Aug. Tel.-Bureau.) Der Gouverneur Richard Zanella mußte sich nach sechsständigem heftigen Kampfe heute mittag ergeben und beschloß sich in der Gefangenschaft des Faschisten.

Der schwedische Gesandte in Berlin, Dr. v. Plania, ist in Davos gestorben. Er hat sich den Dank Deutschlands auch durch die Vertretung der Interessen deutscher Bürger während des Krieges in Italien verdient, wo er bis 1918 Geisandter war. Der Reichspräsident hat der Familie ein herzliches Beileidstelegramm geschickt. Zum Nachfolger des Verstorbenen ist Herr Dr. Vogel ernannt.

Gewerkschaftsbewegung

Verhandlungen des städtischen Lohnkartells.

Am Donnerstag wurden die Verhandlungen des Lohnkartells mit dem Magistrat fortgesetzt, und zwar wurde diesmal über den Mantel- und Vergütungstarif der Angestellten verhandelt. Die Wortführer auf Arbeitnehmerseite waren Frhr. Schmidt und Alfred Krüger vom Zentralverband der Angestellten. Ueber die Manteltarifbestimmungen wurde eine völlige Übereinstimmung erzielt. Die Verhandlungen über die Gehaltsforderungen konnten nicht beendet werden. Im Laufe dieser Woche werden sie fortgesetzt. Die Forderungen der Angestellten lehnen sich an die in Reichs- und Staatsbetrieben ab 1. Januar 1922 für die Angestellten gezahlten Gehälter an. Die Jugendaltersklassen sollen festgelegt werden zwischen dem Beginn des 15. und der Vollendung des 18. Lebensjahres. Eine grundsätzliche Forderung ist die gleiche Bezahlung für gleiche Leistungen an Mann und Frau, wie sie in den Werfbetrieben und in den Tarifverträgen für Reich und Staat für die Angestellten durchgesetzt ist. Bezüglich der Gruppierung der Angestellten nach Gehaltsklassen sind an Stelle der bisherigen vier jetzt fünf Gruppen vorgeschlagen, was den gemachten Erfahrungen Rechnung tragen soll. Die Magistratsvertreter gaben die Erklärung ab, daß sie sich in der Zwischenzeit mit der Deckungsfrage beschäftigen werden. Es kann damit gerechnet werden, daß die Verhandlungen Anfang der nächsten Woche zum Abschluß kommen und die Angestellten Mitte der Woche in einer besonderen Versammlung zu dem Ergebnis Stellung nehmen können.

Die Ortsgruppe der F. B. bittet ihre Kollegen, irgendwelchen anderen Berichten keine Bedeutung beizumessen.

Arbeitszeit und Ministerpräsident.

Als die Unternehmer mit Hinblick auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Aufhebung des Gesetzes über die 44-Stunden-Woche forderten, entgegnete der Ministerpräsident: „Aber der Entwicklung der Industrie gibt es auch noch einen anderen Faktor, den man nicht vergessen darf. Diejenigen, welche an dem Krieg teilnahmen, waren fest überzeugt, daß daraus eine bessere Welt entstehen würde. Was werden sie jetzt denken, wenn sie nun 10—12 Stunden im Tag für herabgesetzte Löhne arbeiten müssen? Das Volk hält die Arbeitszeit von 44 Stunden in der Woche für angemessen und so denkt die Regierung nicht daran, das Gesetz abzuändern.“

Im Hinblick auf die Bestimmungen in Deutschland, den Achtstundentag zwar formell bestehen zu lassen, ihn aber durch Ausnahmegesetze zu beseitigen, den Begriff der Arbeitszeit in Arbeitsbereitschaft und Arbeit zu zerlegen, ist diese Auslösung eines Ministerpräsidenten sehr beachtenswert. Freilich, in einem europäischen Kulturlande wäre ein solcher Ministerpräsident nicht gut denkbar. Das ist nur möglich in einem so wilden Lande wie Australien, wo sich dieser „unerhörte“ Vorgang zgetragen hat. Nur dort scheint man die Rücksichtslosigkeit gegenüber den bedrängten Unternehmern soweit zu treiben, ihnen die Interessen des Volkes entgegenzusetzen. Dabei zu beachten ist, daß die Unternehmern der Staats-Rückwärtsentwicklung der Arbeitszeit von 44 auf 43 Stunden, nicht etwa die Beseitigung des Achtstundentages forderte wie die deutschen Unternehmer.

Bauarbeitermangel.

Am 24. Februar fand in Berlin eine Konferenz von Vertretern der Arbeiter- und Unternehmerverbände, Vertretern einer Reihe von Landesbauämtern und der Behörden unter Vorsitz des Herrn D. Sprup, Präsidenten des Reichsanwalts für Arbeitsvermittlung, statt, um Stellung zur Frage des Bauarbeitermangels zu nehmen. Die Berichte ergaben, daß die bisherigen Bemühungen um Heranziehung von Facharbeitern über gelegentliche lokale Erfolge nicht herausgekommen sind. Es wurde allgemein anerkannt, daß auch die bevorstehende Saison in den meisten Teilen Deutschlands einen nicht zu deckenden Bedarf an Bauarbeitern zeigen werde, und daß versucht werden müsse, diesen Mangel soweit irgend möglich zu beheben, um im allgemeinen Interesse die Baumöglichkeiten soweit ausnützen zu können, wie Baugeländer und Baumaterialien zur Verfügung stehen. War man auch über das Ziel einig, so gingen die Meinungen über die zur Behebung des Bauarbeitermangels einzuschlagenden Wege auseinander. Die Arbeitervertreter betonten mit Recht, daß das einzig durchgreifende Mittel eine stärkere Bekräftigung sei, die sich jedoch nur dann erreichen lasse, wenn sich die Innungen von den allüberkommenen Anschauungen freimachen und sich bereiterklären, durch Tarifvertrag mit den Verbänden eine genügend hohe Entschädigung der Lehrlinge zu sichern. Leider sind gerade an dieser Forderung die letzten Verhandlungen über den Reichstarif gescheitert. Die Zurückführung ehemaliger Bauarbeiter, die unterkommen in anderen Industrien gefunden haben, hat bisher geringen Erfolg gehabt, weil das Baugewerbe mit seiner häufigen Arbeitsunterbrechung keinen Anreiz bieten konnte. So sind nach den behördlichen Feststellungen von etwa 9200 Bauarbeitern, die nach Kriegsschluss im Eisenbahnbetrieb unterkamen, nur 280 wieder zum Baugewerbe zurückgekehrt. Der Vertreter des Verkehrsministeriums erklärte, daß unter den demnächst zur Entlastung des Eisenbahnbetriebes zu entlassenden über 20 000 Arbeitern in erster Linie ehemalige Bauarbeiter betroffen werden. Demgegenüber betonten die Arbeitervertreter, daß eine zwangsweise Zurückführung nur erbitternd wirken würde, ohne das gewünschte Ziel zu erreichen. Notwendig sei, durch bessere Verteilung der Bauvorkräfte, namentlich durch alle Behörden, dafür zu sorgen, daß die Bauarbeiter nicht zum unfreiwilligen Feiern gezwungen sind. Die Umschulung von ungelerten Bauarbeitern, eventuell auch anderen Arbeitern zu Bauarbeitern ist bisher ohne Erfolg geblieben. Findet die Umschulung auch allgemein Zustimmung, so zeigt sich doch an einzelnen Orten ein erheblicher Widerstand, bald bei den Arbeitern, bald bei den Unternehmern. Heute sind Träger der Umschulungsmassnahmen die einzelnen Landesbauämter, die zu sehr unterschiedlichen Regelungen kamen. Bei der Besprechung wurde mit aller Entschiedenheit betont, daß nur die Spitzenorganisationen der Unternehmer und der Arbeiter im Bauwesen Träger der Umschulungsmassnahmen sein können, wenn diese Massnahmen zu einem wirklichen Erfolg führen sollen. Es wurde bedauert, daß das Reichsarbeitsministerium nicht bereits im Spätherbst des Vorjahres die von den Bauarbeiterverbänden vorgeschlagene

gemeinsame Beratung der Richtlinien in die Wege geleitet hat. Es wurde eine Kommission von je fünf Vertretern der Unternehmer und Arbeiterorganisationen eingesetzt, die schnellstens in Verbindung mit dem Reichsanwalt für Arbeitsvermittlung die für die Umschulung nötigen gemeinsamen Richtlinien festlegen soll, betreffend Lehrdauer, Lehrvertrag, Überwachung der Lehre, Entlohnung der Umschulenden, Entschädigung an den Lehrmeister, bezirkliche und örtliche Gliederung der Massnahmen usw. Hoffentlich gelingt es nunmehr, die zur Behebung des Bauarbeitermangels dringend notwendigen Massnahmen baldigst durchzuführen.

Neuzeitige Kampfmethoden bestreifter Arbeitgeber.

Seit drei Wochen stehen die Arbeiter und Arbeiterinnen der Goldleisten-Industrie im Ausstand zur Erreichung auskömmlicher Löhne. Diese Arbeitergruppe hat es mit einem schwerreichen und äußerst rigorosen Arbeitgeberverbum zu tun. Die Lohnverhältnisse dieser Industrie sind die denkbar ungünstigsten, trotzdem waren die Bemühungen der Organisation, menschenwürdige Entlohnungen zu vereinbaren, ohne Erfolg.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen sind jedoch fest entschlossen, den einmal durch die Arbeitgeber vom Zaun gebrochenen Streik zum günstigen Abschluß zu bringen und werden den Kampf in verstärkter Form weiterführen.

Der Inhaber der Firma Max u. Man, namens Max, Berlin, Wallstr. 57, hat zwei Streikposten, die gegen das Verladen von Streifarbeitsmaterial, mit Schlagring und Totschläger niederzuschlagen, so daß einer der Streikposten noch heute an den Folgen dieser Mißhandlungen daniederliegt.

Ein Streikbrecher Richter, Reußlin, Prinz-Handjery-Straße 27, unterstützte diesen wildgewordenen Bourgeois und schlug ebenfalls auf die aus vielen Wunden blutenden Streikposten ein. Die Arbeitererschaft sei vor diesem Rombies gewarnt und wird sich diese Namen einzuprägen haben. Dieser Firma wird dennoch die Unterstützung der grünen Polizei geboten.

Achtung, Zimmerer!

Morgen, Sonntag, vormittags von 10—12 Uhr, findet die Vorstandswahl in den Bezirken statt. Die Wichtigkeit dieser Abstimmung erfordert die vollständige Beteiligung aller Kameraden, die es mit ihrer Gewerkschaftsorganisation ernst meinen. Als wirksame und für die Gesamtorganisation allein maßgebende Vertretung kommt nur die Richtung der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale in Betracht, ganz besonders, nachdem die Moskauer Richtung im letzten Jahre so verhängnisvoll für die Zahlstelle gewirkt hat.

Es gilt eine klare Entscheidung, deshalb muß ein jedes Mitglied sein Wahlrecht ausüben und seine Stimme abgeben für die Kandidaten der SPD. und USPD. als Anhänger der Richtung Amsterdam.

Müssen die Schlichtungsausschüsse abstimmen?

Die Frage, ob die Schlichtungsausschüsse über vorliegende Anträge formell abstimmen müssen, wird vom Oberpräsidenten als Demobilisationskommissionär für Groß-Berlin verurteilt. In einer Beschwerdebefragung des Zentralverbandes der Angestellten, die eine Gesamtschlichtung betraf, führte als Unparteiischer ein Landgerichtsdirektor den Vorsitz. Nach einer sehr eingehenden Kammerberatung diktierte er dem Protokollführer einen Schiedsspruch, ohne formell über ihn abstimmen zu lassen. Auf eine diesbezügliche Beschwerde des F. B.-Ortskartells vertrat der Demobilisationskommissionär die Auffassung, daß die Verordnung vom 23. Dezember 1918 keinerlei Vorschriften enthalte, in welcher Weise sich der Verhandlungsleiter Gewißheit von der Stellungnahme der Beisitzer zu dem Beschwerdeanspruch zu verschaffen habe. Es soll sich bei der Erörterung dieser Frage nicht etwa nur um einen Streit über reine Formalitäten handeln. Die Gefahr liegt vielmehr nahe, daß bei einer Unterlassung der formellen Abstimmung in vielen Fällen das genaue Stimmenverhältnis nicht festgestellt werden kann. Dem Belieben des Vorsitzenden wäre es dann überlassen, zu entscheiden, auf welche Weise er sich ein Bild von der Stimmung der Mehrheit der Beisitzer zu den vorliegenden Anträgen zu machen gedente. Die Art der Feststellung, welche Auffassung die Kammermehrheit zum Beschwerdeanspruch vertritt, sollte jedoch niemals der persönlichen Entscheidung des Vorsitzenden überlassen bleiben.

Eine solche Ansicht kann aber auch gar keine Stütze in der Verordnung über Schlichtungsausschüsse usw. vom 23. Dezember 1918 finden. Der § 17, Absatz 1 dieser Verordnung schreibt vor: „Die Schlichtungsausschüsse bzw. Verhandlungsleiter haben . . . stets zu verhandeln und abzustimmen.“ Hiernach ist die Abstimmung in der Kammer eine zwingende Gesetzesvorschrift, deren Nichtbeachtung berechtigten Grund gäbe, einem ohne formelle Abstimmung veränderten Schiedsspruch wegen Verletzung einer wesentlichen Formvorschrift die Gesetzmäßigkeit zu nehmen. Diese Auffassung wird bestätigt durch den § 27, Absatz 4 der gleichen Verordnung. Hier heißt es: „Die Beschlußfassung über den Schiedsspruch erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit.“ Erst durch die in der Kammer vorzunehmende Abstimmung ist der folgende Satz aus dem soeben herangezogenen § 27, Absatz 4 verständlich: „Stehen bei der Beschlußfassung über den Schiedsspruch die Stimmen sämtlicher Vertreter der Arbeitgeber denjenigen sämtlicher Vertreter der Arbeitnehmer gegenüber usw.“ Das ist natürlich erst festzustellen bei der formellen Abstimmung bzw. der Auszählung der Stimmen, die für oder gegen den gestellten Antrag abgegeben werden.

Die Beisitzer des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin werden daher zur genauen Durchführung der Verordnung vom 23. Dezember 1918 gebeten, sich besonders angelegen sein zu lassen, in jedem Streitfall nach Beschluß der Kammerberatung auf eine formelle Abstimmung und Beschlußfassung zu bestehen.

Die Arbeitsnachweisangestellten.

In einer Versammlung am 1. März nahmen die freigewerkschaftlich organisierten Arbeitsnachweisangestellten Stellung zu der Antwort des Magistrats auf den von der Gewerkschaftskommission und vom F. B.-Ortskartell im Dezember v. J. eingereichten Tarifvertrag. Nach reichlich 4 Wochen teilte die Tarifdeputation mit, daß die eingeleiteten Erhebungen noch immer nicht zum Abschluß gekommen sind. Nach mehrfacher Drängen der Gewerkschaftsvertreter wurde am 27. Februar mitgeteilt, daß „der dem Reichstag vorliegende Gesetzentwurf zur Regelung des Arbeitsnachweiswesens auch auf das Beschäftigungsverhältnis der in den Arbeitsnachweisen tätigen Angestellten von Einfluß sein wird. Daher sei es nicht zweckmäßig,

zurzeit eine anderweitige Regelung der Beschäftigungsverhältnisse vorzunehmen.“

Was soll diese Antwort? Zweck des Tarifvertrages ist insbesondere, für die Angestellten der Arbeitsnachweise eine Bezahlung zu erreichen, die mit den Lebensverhältnissen in Einklang steht. Die gegenwärtige Bezahlung ist längst überholt und bleibt mit der fortschreitenden Teuerung immer weiter zurück. Die Befugnis des Arbeitsnachweisgesetzes, die vielleicht erst im Herbst erfolgt, hat aber mit den gegenwärtigen Lebensverhältnissen der Arbeitsnachweisangestellten nichts zu tun. Rednet der Magistrat vielleicht damit, daß die „Beamisierung“ des Arbeitsnachweises Gesetz wird? Die freien Gewerkschaften haben stets zum Ausdruck gebracht, daß sie sich einer Bureaufratifizierung der Arbeitsnachweise entgegenstemmen werden. Die Arbeitsvermittlung kann nicht nach bureaukratischem Schema erfolgen. Soll der Arbeitsnachweis wirklich arbeiten und sollen Zusammenstöße mit Arbeitslosen vermieden werden, so kann die Vermittlung nur vor sich gehen durch Personen, die in den Arbeitslosen ihre Berufskollegen sehen und die eingehende Kenntnis von Betrieben und Betriebsformen besitzen.

Auch im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats herrschte Einstimmigkeit darüber, daß den zur Mitwirkung bei den Arbeitsnachweisämtern usw. berufenen Interessenvertretungen der größtmögliche Einfluß gesichert werden muß, um die Arbeitsnachweiseinrichtungen vor Bureaufratifizierung zu schützen. Weiter sei vom Arbeitsvermittler Sachkenntnis auf dem Gebiete der Vermittlung und Vertrautheit mit dem Fach zu fordern.

Die Arbeitnehmervertreter forderten einstimmig, daß Geschäftsführer und Arbeitsvermittler grundsätzlich als Angestellte und nicht als Beamte zu behandeln und auf Privatdienstvertrag anzustellen sind. Von Regierungsovertretern wurde erklärt, daß das Streben der Regierung dahingehe, nicht Beamte hinzuzusetzen, wo sie nicht erforderlich sind.

Einstimmig wurde beschlossen, nochmals mit den Forderungen an den Magistrat heranzutreten. Es ist zu hoffen, daß der Magistrat bei den neuen Verhandlungen den Vertretern der freien Gewerkschaften ein so offenes Ohr schenkt, wie er es den Rombau-Leuten gegenüber getan zu haben scheint.

Streikbrecher müssen Schadenersatz leisten.

Ein interessantes Gerichtsurteil teilt das Industrieblatt „Journé Industrielle“ aus Lyon mit. Dort hatte eine Anzahl von Fallarbeitern trotz des auf Streik lautenden Beschlusses der Generalversammlung der Gewerkschaft, der sie angehörten, weitergearbeitet. Die Gewerkschaft klagte gegen diese Mitglieder auf Schadenersatz wegen des Schadens, den ihre Haltung den übrigen Kollegen zugefügt habe.

Das Gericht entsprach dem Antrage und verurteilte die Arbeitswilligen zu Schadenersatz mit der Begründung, daß der Beitritt zu einer Gewerkschaft, der jedem freisteht, die Unterordnung unter ihre Satzung und Generalversammlungsbeschlüsse bedingt, daß jede Verletzung der übernommenen Vertragspflichten Anspruch auf Schadenersatz begründet, daß diese Grundlage dem Gericht der heutigen Sozialgesetzgebung entsprechen, und daß die Haltung der Beklagten unbillig sowohl das Ansehen wie die wirtschaftliche Macht der Gewerkschaft geschwächt und durch Verhinderung der Einigkeit der Arbeiter den Widerstand der anderen Seite gestärkt und damit zur Verlängerung des Konflikts beigetragen habe.

Es gibt noch Richter in Lyon!

Arbeitszeit der Staatsbeamten in der Schweiz.

Der Bundesrat beschäftigt sich zurzeit mit der Frage der Vereinfachung der Arbeitszeit für alle im Staatsdienste Beschäftigten. Dieselbe beträgt in der Verwaltung jetzt 44, in allen anderen Betrieben 48 Stunden. Man will auch die Arbeitszeit der Verwaltungsbeamten auf 48 Stunden wöchentlich festsetzen. Ihr Arbeitstag soll dann im Sommer zeitiger beginnen und im Winter später enden als bisher. Zugleich soll der Büroarbeits-Sonntagsruhe von 12 auf 1 Uhr mittags verlegt werden.

Vom Achtstundentag in Spanien.

Durch Verordnung vom 15. Januar 1920 wurden die unter dem Achtstundentagegesetz vom 8. April 1919 zulässigen Ausnahmen festgelegt, und zwar entsprechend den Bestimmungen des Instituts für Sozialreform. Da die Handlungsgelassen unter diesen Ausnahmen nicht genannt waren, klagte der Madrider Verband der Kaufleute und Industriellen, um ein Gerichtsurteil für die Beibehaltung des Jahrestages vom 4. Juli 1918 für den Handel zu erwirken. Auf Verlangen des Verbandes der Angestellten stellte ihnen das Institut für Sozialreform einen Anwalt mit dem Entschlossenheit, daß das Gericht die Verordnung für unzulässig erklärte. Damit bleibt auch für Handlungsgelassen der Achtstundentag gesetzliche Vorschrift.

Infolge einer Reihe von Beschwerden der Eisenbahngesellschaften erging eine Verordnung, welche bestimmt, daß die Zahl der bezahlten Rubetage 52 im Jahre nicht übersteigen darf, daß die durch Warten, Dienstbereitschaft, Fahrt von und zur Arbeit verwendete Zeit zwar als Ueberstunden, aber ohne Ueberstundenzuschlag bezahlt wird, und daß alle Bahnwärterinnen durch Männer ersetzt werden sollen, soweit es sich nicht um Frauen, Witwen oder Töchter von Eisenbahnern handelt.

Achtung, SPD-Delegierte zur Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes! Heute, abends 6 Uhr, im Lokal der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, wichtige Konferenz. Erscheinen unbedingt notwendig, da wichtige Tagesordnung.

Zentralverband der Angestellten. Montag abend 5 Uhr: Sozialmarxisten-Kleinhändler. Mitgliederversammlung im Reichstahns, Neue Königl. 26.

Verantw. für den Redakt. Teil: Franz Albus, Berlin-Nichteseber: für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vormärts-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. 61erau 1. Beilage.

M. SCHULMEISTER
KOTTBUSER TOR
Moderne, fertige Herrenkleidung
Feine Herren-Maschneiderci
Einsegnungs-Anzüge



Edelster deutscher Weinbrand

Scharlachberg Meisterbrand

Weinbrennerei Scharlachberg G. m. b. H., Bingen a. Rhein

Vertreter: Carl H. Bitzenhofer, Berlin W 50, Fürther Str. 3 ☎ Fernsprecher: Amt Umland 524

Zur Messe in Leipzig: Zeissighaus, 3. Stock, Zimmer 227a

Wie Groß-Berlin geboren wurde.

Die Etappen auf dem Weg zur Großgemeinde.

Wenn man heute das wilde Getöse der Gegner eines einheitlichen Groß-Berlins hört, so könnte man, wenn man unbefangenen absetzt steht, zu der Ansicht kommen, der Vorgang der Eingemeindung an sich sei ein so ungewöhnlicher, noch nie dagewesener, daß er einfach nicht zu verantworten ist.

Drei Eingemeindungen von 1841—1881.

Seit dem Jahre 1841 bis zum Jahre 1881 haben dreimal Eingemeindungen stattgefunden. 1841 hatte die Stadt Berlin einen Flächeninhalt von nur 3511 Hektar. Im Jahre 1861 wurden die Ortsteile Moabit, Wedding, Gesundbrunnen, ein Teil von Schöneberg, einschließlich des Botanischen Gartens, und ein Teil von Tempelhofer Park zum hiesigen Teil der Stadt eingemeindet.

Die Sozialdemokratie schon 1883 für Groß-Berlin.

Im Jahre 1883 zogen die ersten Sozialdemokraten: Singer, Lühauer, Herold, Ewald und Goerki in das Berliner Stadtparlament ein, und die sozialdemokratische Fraktion hat sich, wie Paul Hirsch in seinem Werk: „25 Jahre sozialdemokratische Arbeit in der Gemeinde“ ausführlich im Gegenjahre zu den bürgerlichen Parteien immer von dem großen Gesichtspunkte leiten lassen, das einheitliche Wirtschaftsgebilde Groß-Berlin auch zu einem einheitlichen kommunalen Gebilde zusammenzufassen.

Kommunale Zerrissenheit.

In der Folgezeit hat die Sozialdemokratie unermüdlich die Notwendigkeit und die verwaltungstechnische und finanzpolitische, die wirtschaftskulturelle, sozial- und verkehrspolitische Bedeutung eines Groß-Berlins betont. Wie recht sie mit ihren Mahnungen behielt, bewiesen die von Jahr zu Jahr unhaltbarer werdenden Zustände, die leider nicht mehr so klar, wie sie sollten, in der Erinnerung sind.

Die Sünde im Wasser.

Von Wilhelm Schmidbom.

Er wollte sich einreden, daß es eine andere war. Aber mit einem Male sprang er auf und griff nach Hut und Stock und eilte in den Wald hinein, seinen Weg weiter, indem er seinen Ranzen an dem Riemen mit sich schleppte. Nach einigen langen Schritten ging er langsam und trat mit den Beinen auf, um das Holz unter seinen Schuhen nicht zum Verrätern werden zu lassen.

Badenschlußfolgerungen usw. ufm. Dazu nicht weniger als 75 verschiedene Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerte. Als Folge der unermüdlichen Werbetätigkeit für den Gedanken eines einheitlichen Groß-Berlins konnte man das Zweckerbändnisgesetz für Groß-Berlin vom 11. Juli 1911 ansehen, das bescheiden genug, sich die Regelung der Straßenbahnen, die Schaffung von Straßenfluchten und von Freizeitanlagen zum Ziel setzte.

Die neue Großgemeinde Berlin

umfaßt nach diesem Gesetz 7 Stadtgemeinden, 59 Landgemeinden und 27 Gutsbezirke. Die Stadtgemeinden sind: Berlin, Charlottenburg, Cöpenick, Lichtenberg, Neukölln, Spandau, Schöneberg und Wilmersdorf. Von der Größe und Ausdehnung dieses neuen Berlins kann man sich eine Vorstellung machen, wenn man überlegt, daß sie über einen Flächeninhalt von 87 856 Hektar verfügt, während das alte Berlin nur einen solchen von 6310 Hektar hatte.

In diesem Riesenzentrum wohnen rund 4 Millionen Menschen. Was aber wissen diese 4 Millionen „Berliner“ voneinander? Im Grunde genommen sehr wenig. Den meisten geht ihr Leben zwischen Wohnung und Arbeitsstätte dahin, ohne daß sie zum Bewußtsein dessen kommen, was Groß-Berlin eigentlich für ein Gebilde ist.

Ein vorbeigelungenes „Geschäft“.

Deutschnationale Hehe gegen sozialistische Stadträte.

In der Stadtverordnetenversammlung hielten sich die Deutschnationalen, wie unsere Leser aus dem Sitzungsbericht wissen, mit ihrer auf einen Zeitungsaufsatz sich stützenden Anfrage wegen des Behmbergs an der Badstraße eine verdiente Wahrung. Wir kommen heute auf die Angelegenheit noch einmal zurück, weil wir eine die Kampfesweise der Deutschnationalen kennzeichnende Tatsache festzulegen möchten.

Die in der Sitzung von dem Kammerer Harding im Auftrage des Magistrats gegebene Antwort, daß in der Behmbergaffäre das Bezirksamt Wedding keineswegs die Stadt geschädigt hat, und daß der Bezirksstadtrat Pfeiffer mit der Sache überhaupt nichts zu tun gehabt hat, sagte den Deutschnationalen nicht mal etwas Neues. Mehrere von ihnen waren bereits vorher durch den Bezirksbürgermeister Leid davon unterrichtet worden, daß nach den Ermittlungen des Bezirksamtes an den Behauptungen des Zeitungsaufsatzes kein wahres Wort ist, und daß vom Bezirksamt gegen den verantwortlichen Redakteur des betreffenden Blättchens schon am 27. Januar ein Strafantrag eingereicht wurde.

ihrem Kampf gegen die sozialistischen Mitglieder des Magistrats und der Bezirksämter. Aber in Anbetracht der Wirkung war es doch gut so; denn auf diese Weise konnten die ausgestreuten Verleumdungen schon jetzt durch den Magistrat aufs entscheidendste zurückgewiesen und den Deutschnationalen von den Rednern der drei Linksparteien schonungslos die gebührenden Stäupungen verabreicht werden.

Die Behmbergaffäre hat auch gezeigt, was für „Geschäfte“ betriebliche Unternehmer mit der Stadt zu machen versuchen. Allenfalls ist festzustellen, daß der Fuhrherr Böhm am 31. Dezember 1920 im Bureau der Grundbesitzungsdeputation mündlich eine Jahrespacht von 100 M. (hundert Mark!) bot, falls er den Behmberg an der Badstraße abfahren und selbstverständlich nach seinem Belieben verwerthen dürfe. Dafür wollte er dann auch den Päch einräumen, so daß die Deutschnationalen, wenn das „Geschäft“ zustande gekommen wäre, ihn wahrscheinlich noch als einen „Wahlkater“ der Stadt gepriesen hätten.

Genosse Pfeiffer hat, wie schon gesagt, an der Verhinderung des von Herrn Böhm vorgeschlagenen „Geschäftes“ nicht im geringsten mitgewirkt. Trübe dieser „Vorwurf“ zu, so könnte der „Schuldige“ nur Genugtuung darüber empfinden, die Stadt vor Geldschaden bewahrt zu haben.

Verständigung über die Magistratsgehälter.

Die entschiedene Stellungnahme unserer Fraktion im Befolungsausschuß gegen die gestrigen Anträge der bürgerlichen Parteien ist nicht erfolglos geblieben. Sie haben namentlich ihren gestrigen hier charakterisierten tendenziösen Antrag fallen gelassen, für den nach dem ersten Abbruch der Zentrumskfraktion eine Mehrheit kaum noch zu erwarten war, und haben auch in ihren übrigen Forderungen der finanziellen Notlage der Stadt mehr als bisher Rechnung getragen.

Die Bahnhöfe der Nord-Südbahn.

Kein Luxus, bescheidenste Ausstattung.

Nachdem der Rohbau der Nord-Süd der städtischen Untergrundbahn Nord-Süd in den wesentlichsten Teilen, bis auf eine kurze Strecke zwischen dem Weddingplatz und der Bankstraße fertiggestellt ist, ist jetzt der Innenausbau der sechs Bahnhöfe der Nord-Süd in vollem Umfange aufgenommen worden. Der zweite der Bahnhöfe vom nördlichen Ende der Bahnstrecke aus gerechnet, der Untergrundbahnhof Leopoldplatz, macht in seiner Innenausstattung, die zum großen Teil während des Krieges hergestellt wurde, den weitaus vornehmsten Eindruck.

Aber wirklich — sie trock auf Händen und Füßen unter dem Draht her. Ihr Fuß streckte sich weit aus dem Rock heraus und tastete. Die bröckelnde Erde fiel ihm in die Augen. Wie ein Kind, das die Gefahr im Blumenspiel nicht sieht, wollte sie weiter hinab. „Bleib oben, ich komme“, rief er. Sie richtete sich auf und war voll Freude. Erst innen, dann ging's in ihre Glieder über. Wie der Hund an der Kette war sie, der seinen Herrn kommen sieht und ihm mit Belken und Wedeln entgegenstrebt.

zu eilen, und doch langsam und mit prüfenden Augen. Er nahm den Stock zwischen die Zähne und drehte sich gegen die Wand hin, er kniete nieder und suchte mit den Fingern einen Halt, er ließ seine Beine hinab und tastete unter sich. Aber es brach ab unter ihm und polterte in die Tiefe. Er konnte nicht weiter hinunter. Da! Er hörte Gretes Schritte, er hörte sie oben stehen und fühlte ihre Augen wie ein greifbares Gewicht auf sich ruhen. Er sah hinauf und sah gerade hinein. Sie stand über den Draht gebeugt. Ihre Brust war vom Lauf erregt. „Hein.“ sagte sie bittend. Er suchte von neuem mit Händen und Füßen nach einem Halt unter sich — da schlug sein Stock hinab. Beide sahen ihm nach, wie er mit der Krücke nach unten aufschlug, die Spitze nach vorn drehte und wieder aufschlug. Sie sahen ihn noch fallen, als sie ihn nicht mehr hörten. Die Arbeiter, die tief unten schwarz an dem gelben Stein hingen, wie Fliegen auf einem hellen Brot, riefen Flüche herauf und lachten. Es klang wie Mäusewispern. Hin und wieder blitzte etwas in der Sonne, das waren ihre Hacken. Und einer hatte etwas Rotes an. Endlich sprach Hein. „Grete, was tust du denn? Du wirst wieder krank.“ „Komm herauf“, sagte sie. „Was willst du denn nun?“ „Ich bin so dahergelangen — da habe ich dich mit einem mal gesehen.“ Er schwieg eine Weile. „Wo hast du Georg gelassen?“ „Weshalb willst du nicht heraufkommen?“ fragte sie, ohne ihm zu antworten. Er wendete sich und setzte sich. Seine Beine hingen herab, aber um nicht zu fallen, mußte er den Rücken dicht an die Wand hinter sich legen und die Hände neben sich aufstützen. „Weshalb bist du vor mir wegelaufen?“ fragte sie. „Was willst du von mir?“ fragte er wieder. Sie rief Gräser und Blumen aus und warf sie auf ihn hinab. Sie fielen auf seinen Kopf und seinen Leib und fielen an ihm vorbei die Steinwand hinab. Sie küßten ihn in Duft und Farnschein ein. „Ich komme zu dir“, sagte sie mit einem Male. „Tu's nur“, sagte er und lachte spöttisch.

(Fortsetzung folgt.)

Annahme des Reichsmietengesetzes.

Im Reichstag wurden gestern zunächst kleine Anfragen erledigt.

Die Verlesung des Reichstagsabg. Thomas (Komm.) im 1. März 1922 in Augsburg ist nach Mitteilung der bayerischen Regierung wegen des bringenden Verdachts der Verbreitung der verbotenen Zeitung „Volkswille“ erfolgt. Es handelt sich um eine Durchsuchung, nicht um eine Verhaftung. — Eine allgemeine Schadenersatzpflicht bezüglich der durch den Eisenbahnstreik verdothenen und vernichteten Güter und Lebensmittel kann die Reichsregierung nicht anerkennen. Die Frage wird im Verkehrsausschuss noch näher geprüft werden. — Auf die Forderung des Abg. Meyer-Swidan (Soz.) nach Ausgleich an die Bahn-, Gehalts- und Renteneinkünfte sowie die erwerbsunfähigen Kleinrentner für die Brotpreiserhöhung erkennt Ministerialrat Kühnemann die Notlage an. Die Nachprüfung der Beamtengrundgehälter

wird noch in diesem Monat abgeschlossen werden. Für die Renteneinkünfte und Kleinrentner stehen Hilfsmassnahmen bevor.

Abg. Giebel (Soz.) beschwert sich über die Anstellung des Rechtsanwalts Helfft als Regierungsrat beim Treuhänder für das feindliche Vermögen, obwohl Helfft als Vorsteher eines Berliner Wohnungsamtes wegen Bestechlichkeit zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt worden ist. Im Kapp-Putsch demonstrierte Helfft für das Gelingen des Hochverrats, indem er während der Putschtage im Dienste die frühere Offiziersuniform trug. — Staatssekretär Dr. Müller erwidert, dass Helfft nach zweijähriger Bewährung angestellt worden sei. Die Beurteilung erfolgte, weil er für eine an sich nicht pflichtwidrige Handlung Geld angenommen hat. Diese Handlung war bei der Anstellung nicht bekannt. Seit ist Helfft bis zum Abschluss der Untersuchung gegen ihn beurlaubt. Die Organisation des Treuhänders ist derart, dass persönliche Bereicherung ausgeschlossen ist. Die Ermittlungen gegen den Professor Schlange, der inner- und ausserhalb des Dienstes fast täglich offen auf die „Judenregiment“ schimpfen soll, sind noch nicht abgeschlossen. Von einem Demonstrieren des Helfft für das Gelingen des Kapp-Unternehmens kann nicht die Rede sein.

Das Reichsmietengesetz

und zwar zunächst § 1 gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei angenommen. § 10 (die Oberste Landesbehörde kann die Hunderfächer für Betriebs- und Instandsetzungskosten für das Land oder für bestimmte Gemeinden oder Gemeindeteile selbst festsetzen oder dies der Gemeindebehörde übertragen; vor der Festsetzung sind die Vermieter- und Mietervertreter zu hören) wird im Himmelsprung mit 183 gegen 152 Stimmen angenommen. Beim § 16 (Mietervertretung) wird auf Antrag des Zentrums, dem alle bürgerlichen Parteien zustimmen, aus der Zwangsformel eine Sollvorschrift gemacht.

Das Gesetz tritt spätestens am 1. Juli 1922 in Kraft. Es soll am 1. Juli 1923 wieder außer Kraft treten.

Abg. Heubemann (Komm.) gibt eine Erklärung ab, die betont, dass das Gesetz keineswegs das Wohnungsende bezieht, das aber die Kommunisten trotz aller Halbheiten dem Gesetz zustimmen (Heiterkeit).

Abg. Beylben (Dp.) erklärt namens seiner Fraktion, das Reichsmietengesetz verstoße gegen wichtige Grundsätze. Das Gesetz beseitigt die Wohnungsnot nicht, es vermehre die Bureaucratie. Bestimmend für die Deutsche Volkspartei sei auch, dass die Kommunisten sich für das Gesetz erklärt haben. (Heiterkeit links.)

Abg. Kuhn (U. Soz.): Trotz der Befristung werden wir dem Gesetz zustimmen.

In der Generalabstimmung wird das Gesetz mit 202 gegen 162 Stimmen angenommen. Dagegen stimmen die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Mehrheit der Demokraten und ein Teil des Zentrums.

Hierauf wird das Gesetz über vorübergehende Rechtspsfegemassnahmen im Hinblick auf das Saargebiet mit mehr als Zweidrittelmehrheit angenommen; es tritt am 20. März in Kraft. Die kommunistische Entschliessung auf Rückgängigmachung der Auslieferung der Räder des spanischen Ministerpräsidenten Dato wird abgelehnt.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.) erklärt, dass auch seine Fraktion die Auslieferung mißbilligt. Die Forderung der Rückgängigmachung bedeute dagegen nur eine leere Demonstration.

Darauf wird der

Haushalt des Reichsschatzministeriums

beraten. Beschlissen wird, die Regierung aufzufordern, eine Denkschrift über das Geschäftegebaren der Industriellen und landwirtschaftlichen Unternehmungen vorzunehmen, an denen das Reich

beteiligt ist. Ferner wird eine Denkschrift über die Vereinheitlichung der Verwaltung unter besonderer Berücksichtigung des Reichsschatzministeriums gefordert. Gegen die Stimmen der Deutschnationalen wird deren Antrag auf Auflösung des Schatzministeriums bis zum 1. April 1923 abgelehnt. In der nachfolgenden Debatte befragt sich

Abg. Wienbeck (Dnat.) über die Konkurrenz, die die „Deutschen Werke“ dem Handwerk machen.

Abg. Stücken (Soz.): Das Handwerk soll nach Möglichkeit geschützt werden. Der Schuh darf aber nicht so weit gehen, dass die Deutschen Werke stillgelegt werden. Es wäre uns lieber, wenn eine Sozialisierung in großem Maße durchgeführt werden könnte. Wenn wir die Sozialisierung aber auf die „Deutschen Werke“ beschränken würden, wären wir armelige Sünder. Wir hoffen, dass andere Verhältnisse kommen, die es ermöglichen, dass in großem Maße sozialisiert werden kann.

Reichsschatzminister Bauer sagt gegenüber dem Abg. Wienbeck: In den orthopädischen Werkstätten arbeiten vielfach Kriegsbeschädigte. Das orthopädische Gewerbe wird auch noch in 30 bis 40 Jahren Konkurrenz haben. Es kann den Anforderungen der mit verfallenden Gliedern herumlaufenden Kriegsbeschädigten nicht im entzerrten entsprechen. Wenn man da die Stilllegung dieser Werkstätten verlangt, so zeigt man nur ein geringes Verständnis. Die anderen Reichsbetriebe machen dem Gewerbe ebenso wenig Konkurrenz. Die Elektrizitätswerke und die Stromversorgung sind fast ausschließlich in Händen öffentlicher Anstalten. Auch die Aluminiumherstellung liegt fast ausschließlich in Reichshänden, ebenso ist es mit der Stickstoffherstellung. Der

Jahresabschluss gegen die „Deutschen Werke“

liegt immer zugrunde die Beteiligung des Reiches an diesen Betrieben. Hätten wir vielleicht 14 einzelne Privatbetriebe, so würden sie genau so den anderen Großbetrieben und dem Handwerk Konkurrenz machen.

Damit schließt die Besprechung.

Haushalt des Wiederaufbauministeriums.

Abg. Riedmüller (Soz.): Es ist der Vorschlag gemacht worden, das Wiederaufbauministerium nicht mehr zu bestehen. Davon kann nach unserer Ansicht nicht gedacht werden. Seine Aufgaben bei der wirtschaftlichen Durchführung des Friedensvertrages sind noch nicht erfüllt. Ein großer Teil wurde gerade jetzt erst in Angriff genommen und ein anderer wartet noch auf die Bearbeitung. Bei aller Anerkennung der Gründe, die für die Sparbarkeit im Etat angeführt werden, kann man nicht daran denken, dieses Ministerium zu beseitigen. Der Vorwurf der Rechtslosigkeit politischer Gründe, die uns zur Beseitigung dieses Ministerpostens veranlassen, muß entschieden zurückgewiesen werden. In Frankreich und Belgien würde man ohne weiteres sagen, die Deutschen denken gar nicht daran, am Wiederaufbau mitzuarbeiten, wenn wir das Ministerium auflösen. Insofern sind es allerdings politische Gründe, die uns veranlassen, für die Beibehaltung dieses Ministeriums und seine Befugnisse durch einen Minister einzutreten. Wir sind aber auch für äußerste Sparbarkeit und glauben, dass der

Abbau der Kolonialverwaltung etwas rascher

vorantzen gehen könnte. Man hat manchmal das Gefühl, dass die Behörden, die abwickeln müssen, in einer Weise abwickeln, dass auf der anderen Seite die Dinge wieder aufgerollt werden, wie das z. B. bei der Zentralstelle für Wiederaufbau der Flotte der Fall ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Einen Beamtenapparat lediglich aus propagandistischen Gründen beizubehalten, um den Glauben an die Kolonialpolitik nicht sterben zu lassen, wäre in diesem Augenblick gar zu kostspielig. Auch der Reichsausschuss für die Handelsflotte hat nichts mehr zu tun, nachdem das Reedereigesetz erlassen ist. Jetzt sagen die Herren: Wir müssen an den Aufbau der Binnen-schiffahrt herangehen. Wir wünschen, dass bei der Neuablieferung von Schiffsräumen die Rheinflottillen möglichst geschont wird, weil sie bis jetzt schon 33 Proz. ihres Schiffsraums für Wiederaufbauzwecke abgegeben hat.

Heute kommt es darauf an, die zerstörten Gebiete wieder aufzubauen. Von Frankreich sind mehrfach

Schwierigkeiten beim Wiederaufbau

gemacht worden. Über diese Schwierigkeiten, insbesondere jene, die bei der Beschäftigung deutscher Arbeiter auftraten, sind nicht gemacht worden von den französischen Arbeitern, sondern von den Kapitalisten. Sie wollen ebenso wie die deutschen Kapitalisten aus der Not des Volkes möglichst viel Profit herausziehen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die deutschen und französischen Bauarbeiter aber haben sich zusammengesetzt, um Richtlinien für den

Wiederaufbau aufzustellen. Hier sehen wir Aussichten für die Zukunft, und es wird Aufgabe des Ministeriums für Wiederaufbau sein, daran anzuknüpfen und dafür zu sorgen, dass in Frankreich und in Belgien auch die letzten Spuren des Krieges verschwinden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dauch (D. Sp.) fragt über die Erleichterung des Wiederaufbaues durch den schwerfälligen bürokratischen Apparat.

Sonnabend 1 Uhr: Änderung der Geschäftsordnung und des Diätengesetzes, Berichterstattung über Fleischversorgung, Rest von heute. Schluss nach 6 Uhr.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

Bezirksvorstand.

Beginn der Sitzung heute abend nicht um 5, sondern um 6 Uhr im Sekretariat, Lindenstr. 3. Die Mitglieder der Ausschusskommission treten dagegen um 5 Uhr zusammen.

Heute, Sonnabend, den 4. März:

7. Ubr. 5 Uhr im Gemischthaus, Engelstr. 1 und 2, gemischter Familienabend der Wählervereinigungen. Eintritt 2 M. Gäste willkommen. Thema: Gruppenvermittlung abends 7 1/2 Uhr im Casino, Bernauer Str. 10. Kommunalpolitik jetzt und im Rahmen des Berliner Programms. Ref. Gen. Feitmann.

Morgen, Sonntag, den 5. März:

Jugendklassen. Teil 3 der „Jugendklassen“ findet am Sonntag, den 5. März, abends 7-9 Uhr abgehalten werden. — Gruppe Köpenick, Wanderung nach Bernau. Treffpunkt morgens 7 Uhr Bahnhof Stralau-Südring. — Gruppe Friedrichshagen, Wanderung nach Strausberg-Köpenick. Treffpunkt früh 8 Uhr vor dem Bräuner Wahnberg.

Jugendveranstaltungen.

Berlin Arbeiter-Jugend Groß-Berlin. 88. 88, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2. Stg. Treffpunkt Sonntag 12 05-12 10.

Heute, Sonnabend, den 4. März:

Gibt Konferenz der Arbeitervereine findet heute abend um 7 Uhr im Jugendheim, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2. Treppen, statt. Wegen der wichtigen Tagesordnung müssen alle Wählervereine vertreten sein. Besprechungen sind unzulässig. Eintritt haben nur die 1. und 2. Vorstände jedes Vereines.

Morgen, Sonntag, den 5. März:

Arbeiter-Verein. Nachmittagswanderung nach Hohenheide. Treffpunkt 2 Uhr in Hohenheide. — Arbeiter-Verein. Wanderung Köpenick-Strausberg. Treffpunkt 7 Uhr in Köpenick. — Arbeiter-Verein. Cde Bernauer Straße. — Arbeiter-Verein. Wanderung Strausberg-Köpenick. Treffpunkt 7 Uhr Köpenick Bahnhof, Unterstadt. — Arbeiter-Verein. Besuch des Hofmalerens. Treffpunkt 10 Uhr Antonplatz. — Arbeiter-Verein. Besuch des Reichlichen Museums. Treffpunkt 10 Uhr Bahnhof Pflaumbaum.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Deutscher Arbeiterverband. Sonnabend, den 4. März, abends 8 Uhr, Versammlung im Schützenhaus, Rosa-Luxemburg-Str. 10. Ref. Martin Doms. — Arbeiter-Verein. „Die Naturfreunde“. Vortrag, Berlin, z. B. Am Sonntag, den 5. März, Arbeitsvormittag am Uckersee. Treffpunkt 8 1/2 Uhr Berliner Bahnhof. — Arbeiter-Verein. „Die Naturfreunde“. Vortrag, Berlin, z. B. Am Sonntag, den 5. März, abends 8 Uhr, Vortrag des Herrn Dr. Rudolf Fenig über „Wiederaufbau und das Reichsausschuss“. Gäste willkommen. — Arbeiter-Verein. Sonntag, den 5. März, abends 11 Uhr im Reichshaus, Köpenick, Vortrag des Herrn Carl Hauptmann, „Tausend Jahre und das deutsche Volk“. — Arbeiter-Verein. „Die Naturfreunde“. Vortrag, Berlin, z. B. Am Sonntag, den 5. März, abends 7 1/2 Uhr, im Hof der Kinderklinik der Charité. Vorträge: Dr. Paul Burger: „Wohnungsverhältnisse bei Schulkindern“. Dr. Eugen Reiter: „Anthropologische Untersuchungen in ihrer Bedeutung für die Volksgegend“.

Weinbrand, Liköre
Landauer & Mackoll
Heilbronn a. N. Gegr. 1861

Vertreter: Karl Karm, Potsdam, Bismarckstr. 3. Fernsprecher: Amt Potsdam Nr. 366 u. Wilhelm Wetzel, Berlin-Wilmersdorf, Mecklenburger Straße 20. Fernsprecher: Amt Pflaumburg Nr. 3400.

Im Aufstieg

Übergang von den Dorylogen des Südkaffs.
Er ist billig, praktisch und bewährlich.
Südkaff-Tabletten
Zum Säuen größerer Mengen Samen nehmen
man Kaff-Tabletten für einzelne Portionen
Südkaff-Tabletten.
Erhältlich in Kolonialwaren-, Drogerie-
handlungen und Apotheken.

Warum soll Seifenpulver sauerstofffrei sein?

Seifenpulver mit Bleich- und Sauerstoffsalzen schaden der Wäsche auf die Dauer nachgewiesenermaßen erheblich. Dr. Genthers Seifenpulver Schneekönig ist frei von solchen Bestandteilen, schont daher die Wäsche.

Verlangt b. Händler kostenl. Werbeprospekt z. gr. Propaganda-Werbe-Ausschreiben für **Schuhputz Nigrin und Seifenpulver Schneekönig** mit etwa Mk. 200.000.— Preisen und Prämien. Schluß der Bewerbung 31. März 1922.

Vertreter: Adolf Reimschüssel, Berlin S 42, Luisenufer 40.

Nachruf

Am 25. Februar erlitt nach längerer Krankheit im Alter von 84 Jahren unter von uns allen herzlichster Anteilnahme Herr

Oskar Koppe

Wir vermissen in ihm einen Vorgesetzten, der sich in jahrelanger, aufopfernder, unermüdlicher Tätigkeit bei uns allen größte Hochachtung erworben hat.
Wir bedauern den Verlust dieses edlen Mannes und werden ihn über das Grab hinaus treu gedenken bewahren.
Die Arbeiter und Angestellten der Firma W. Gurlt G. m. b. H., Berlin-Treptow

Möbel

noch zu billigen Preisen solange Vorrat reicht

Edmund Weiß

Clemensstraße 1, am 1. u. 2. Hof, gegenüber 11.
Ehre solchem Kunden!

Die Einrichtung findet am Mittwoch, den 5. März, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Gedächtnis“ statt.
Neue Bestellung erbeten!
113/12
Die Ortsverwaltung.

Möbel

Bürgertliche Wohnungsbedarf.

Wohnzimmer, Schlafzimm., Speisezimmer, Herrnzimm., Bunte Küchen, Einzelne Möbel.

Lieferung auch a. ausw. Lagerung kostenlos.

Garderobe

auf bequemste Teilzahlung

bei billigster Preisberechnung

HERREN- DAMEN- ANZÜGE, CUTAWAYS, PALETOTS, KOSTÜME, RÖCKE, KLEIDER

Regenmäntel
BURSCHEN-ANZÜGE
Gute Ware! Große Auswahl!

M. Beiser, Lothringerstr. 67.

Pianohaus des Westens

Potsdamer Str. 89
Nachbahn, Bismarckstr.

Flügel-Pianos

Gelegenheitskäufe

Ziehung 24. bis 30. März

Fürsorge-Geld-Lotterie

d. kath. Fürsorge-Vereins für Mädchen, Frauen u. Kinder. 600.000 Lose, 20.21 Gew., zusammen **Eine Million Mark**

Hauptgewinne Mark

100 000
80 000
70 000
50 000

Lose zu 6 Mark — Porto u. Liste M. 5,50 extra — überall erhältlich

10 Lose einschl. Porto und Liste M. 63,50

Die Ausgabe erfolgt durch das Bankhaus **A. Mollat**, Berlin W 9, Lennestr. 4.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linsenstraße 83 85.
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telefon: Amt Norden 833, 834, 835, 836.

Montag, den 6. März, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Dresdener Casino, Dresdener Straße 44a:

Branchenversammlung

der Emailer und verwandten Berufe.

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Änderung unserer Lohnabkommen. 2. Branchenangelegenheiten und Beschlüsse. 113/13

Die Beitragensliste erscheinen um 6 1/2 Uhr.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist unbedingt notwendig. Die Tagesordnung.

Offene Füße

Reinigungs- und Desinfektionsmittel, a. pers. hygienische Zwecke, Entzündung mit unerschöpflicher Wirkung. In der Wohnung, in der öffentlichen Toiletten, in den Schulen, in den öffentlichen Gebäuden.

113/13
50. Gieselerstr. 4.

Möbel-Cohn

Gr. Frankfurter Str. 58
5. Min. v. Alexanderpl.
Fil. Badstr. 47/48
1. Min. v. Bbl. Gesundbr.

Anzüge, Kleider

auf bequeme Teilzahlung

GREBLER, Weinbergsweg

am Rosenhaier Platz.

3 lehrreiche Geschlechtsleiden!

Stück M. 2.—
Hälfte über Porto extra.

1. Harnröhrenleiden (frisch und veraltet) mit Anhang: Weistfluß u. Frau. 2. Behandlung d. Syphilis. 3. Nervenschwäche des Mannes-schwäche. Viele Anerkennungen. Zusendung völlig diskret. Schreiben Sie sofort.

Dr. med. H. Schmidt, Spezialinstitut G. m. b. H. Berlin NW 117, Rathenowerstr. 73, Sprechst. 10-1, 4-7

Den ältesten Damen- oder Herrenhut

verfügen wir auf d. neu- u. modernsten Formen zu den billigsten Tagespreisen bei

Eins Seidler
vis-a-vis D. Gertraudstr.

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus, Volksbühne, Schauspielhaus, Deutsches Theat., Kammerspiele, Gr. Schauspielh., Karussell, Berliner Theat., Residenz Theat., Kleines Theater, Russ.-Deutsch. Theater

Im Theater i. d. Königgrätzer Str. geht das phantastische Melodram Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler

Großes Schauspielhaus Sonntag, 5. März, nachm. 2 1/2 DANTONS TOD

Komische Oper 7 1/2 Uhr: Die Bajadere

Apollo 8 1/2 Uhr: Der Herr der Welt

Admirals-Palast Keine Vorstellung Ballett-Ball

Reichshallen-Theater 7 1/2 Uhr: Die Prinzessin v. Tragant

FOLIES CAPRICE Linienstr. 132

Paul Beckers

Eröffnungsrennen 7 Rennen, Gesamtpreis M. 155.000.

Neue Welt Arnold Scholz Hasenheide 108/14

SCALA Varieté

Emser Quellsalz

Almetalle

Palz-Haus

CIRCUS BUSCH

Alhambra

Werbung für Brillantenbesitzer

Sonderzug zur Breslauer Messe

Deutsche Hypothekbank

EINEN SIEG auf der ganzen Linie

Warnung für Brillantenbesitzer

Kleine Anzeigen

Verkäufe

Wohnung

Möbel

Musikinstrumente

Kaufgesuche

Unterricht

Arbeitsmarkt

Geschäftsführer

ParteiSekretär gesucht

Former-Lehrling

Tüchtige Dreher

Verkauf

Verkauf

Verkauf

Verkauf

Verkauf

Verkauf

Verkauf

Verkauf

Verkauf